



Parlamentssitzung 17. August 2009

Protokoll

Aula Schule Hessgut (Liebefeld)
19.00 – 22.40 Uhr

Vorsitz	Harald Henggi (FDP), Parlamentspräsident	
Anwesend	Peter Antenen (FDP) Alfred Arm (SP) Annemarie Berlinger-Staub (SP) Bernhard Bichsel (jfk) Markus Bont (EVP) Evelyn Bühler (FDP) Christian Burren (parteilos) Ignaz Caminada (CVP) Claudia Egli-Steiner (SP) Heinz Engi (FDP) Mario Fedeli (SP) Liz Fischli-Giesser (Grüne) Claude Gafner (jfk) Martin Graber (SP) Hermann Gysel (EVP) Thomas Herren (FDP) Erika Kobel-Itten (FDP) Hanspeter Kohler (FDP)	Daniel Krebs (SVP) Stefan Lehmann (SVP) Ruedi Lüthi (SP) Anna Mäder (SP) Brigitta Matter (SD) Hans Moser (SVP) Hansueli Pestalozzi (Grüne) Jan Remund (Grüne) Christian Roth (SP) Elisabeth Rügsegger (SVP) Ueli Salvisberg (parteilos) Christoph Salzmann (SP) Hugo Staub (SP) Stephie Staub-Muheim (SP) Mark Stucki (FDP) Ursula Wyss (Grüne) Rolf Zwahlen (EVP)
Entschuldigt	Niklaus Hofer (SVP) Verena Koshy (CVP)	Urs Maibach (Grüne) Markus Stähli (FDP)
Gemeinderat	Luc Mentha (SP), Gemeindepräsident Urs Wilk (FDP), Vizepräsident Judith Ackermann (FDP) Rita Haudenschild (Grüne)	Katrin Sedlmayer (SP) Marianne Streiff (EVP) Ueli Studer (SVP)
Sekretär	Markus Heinzer	
Protokoll	Ruth Spahr	

Inhaltsverzeichnis

1.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. Juni 2009.....	159
2.	Protokoll der Parlamentssitzung vom 29. Juni 2009.....	159
3.	Kommissionsersatzwahlen.....	159
4.	Kreditabrechnungen.....	160
5.	Wabersackerstrasse, Liebefeld: Anpassung und Neugestaltung	162
6.	Ried, Niederwangen: Planungsinstrumente.....	166
7.	0909 Interpellation (jfk) "Zur Sauberkeit bei Könizer Sammelstellen".....	169
8.	0905 Motion (SP) "Ein Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Tagespflegeplatz 4 bis 6 Monate nach der verbindlichen Anmeldung".....	169
9.	0906 Postulat (FDP) "Köniz für Velofahrer - 'Bike and ride'"	172
10.	0907 Postulat (FDP/CVP/jfk) "Köniz für Kinder - Köniz für Familien"	173
11.	0910 Motion (jfk) "Kreiselsponsoring – Eine neue Form des Public- Private-Partnership (PPP)".....	175
12.	0911 Motion (SP) "Raum für KITAs in neuen Wohnüberbauungen"	178
13.	0913 Motion (SP) "Je früher desto nachhaltiger – Konzept zur Frühförderung von sozial benachteiligten Kindern".....	179
14.	0919 Interpellation (SP, Arm) "Erwachsenenbildung"	181
15.	Verschiedenes	181

Begrüssung

Parlamentspräsident Harald Henggi: Nach den Sommerferien und einem herrlichen Festwochenende im neu getauften "Liebefeld-Park" hat uns der Alltag wieder. Ich begrüsse alle Anwesenden herzlich zur Parlamentssitzung. Im Besonderen begrüsse ich Ruedi Lüthi, unser neues Parlamentsmitglied, der die Nachfolge von Rita Sidler Omoregbee antritt. Ich wünsche ihm alles Gute in der Parlamentsarbeit. Ich gratuliere Gemeinderätin Marianne Streiff herzlich zu ihrem Geburtstag.

Appell

Der Appell ergibt die Anwesenheit von 35 Parlamentsmitgliedern. Das Parlament ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen

Parlamentspräsident Harald Henggi: Der Aktenversand der Parlamentsakten erfolgte am 23. Juli 2009. Am 6. August 2009 sind die Protokolle der Junisitzungen versandt worden. Per E-Mail haben Sie am 13. August 2009 die Unterlagen für die Kommissionsersatzwahlen erhalten.

Traktandenliste

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. Juni 2009

Martin Graber (SP): Auf Seite 128 ist der erste Satz des Änderungsantrages wie folgt zu ändern: "*Integrative Schulung* – anstelle von *Integration* – ist die Regel. Es können besondere Klassen geführt werden."

Das Protokoll der Sitzung vom 22. Juni 2009 wird mit den obgenannten Änderungen genehmigt.

2. Protokoll der Parlamentssitzung vom 29. Juni 2009

Das Protokoll der Sitzung vom 29. Juni 2009 wird genehmigt.

3. Kommissionsersatzwahlen

Redaktionskommission

Parlamentspräsident Harald Henggi: Der frei werdende Sitz von Rita Sidler Omoregbee in der Redaktionskommission ist neu zu besetzen. Gemäss Parteienproporz gehört dieser Sitz der SP-Fraktion. SP-Fraktionspräsident Hugo Staub hat mir mitgeteilt, dass Ruedi Lüthi als Nachfolger für Rita Sidler Omoregbee vorgeschlagen wird.

Beschluss

Der Parlamentspräsident Harald Henggi erklärt Ruedi Lüthi (SP) als Mitglied der Redaktionskommission als gewählt.

Schulkommission

Beschluss

Der Parlamentspräsident Harald Henggi erklärt Frau Rose Zaugg-Giro, Liebefeld, (parteilos, Sitzanspruch EVP) als Mitglied der Schulkommission Liebefeld für den Rest der laufenden Amtsdauer, d. h. vom 17.08.2009 bis 31.07.2010 als gewählt.

4. Kreditabrechnungen

Kenntnisnahme und Nachkredite; Direktion Präsidiales und Finanzen

GPK-Referent Stefan Lehmann (SVP): Die GPK konnte feststellen, dass alle Kreditabrechnungen mit Begründungen und Nachweisen vorliegen. Einige Details dazu: Die Kreditüberschreitung zu Kredit 1, Schulhaus Haltenstrasse in Niederscherli, beträgt rund 470'000 Franken oder 8,58 Prozent. Die Kostenschätzung beruhte auf einem Projekt von 1997 und ist im Jahr 2002 aus Kostengründen nicht neu berechnet, sondern lediglich dem Raumprogramm angepasst worden. Der Unsicherheitsfaktor ist in der Abstimmungsbotschaft mit ± 15 Prozent deklariert worden. Die Begründungen für die Kostenüberschreitung liegen vor. Von Anfang an war auch klar, dass die Wärmeversorgung mit nur einem Kessel äusserst knapp sein oder nicht ausreichen wird. Man wollte jedoch kein überdimensioniertes System realisieren. In der Praxis hat sich dann gezeigt, dass – unter anderem infolge Mehrleistung für das Feuerwehrmagazin und den Mittagstisch – mehr Heizleistung notwendig ist. Gemäss Aussagen der Verwaltung führte das etappierte Vorgehen aber nicht zu wesentlichen Mehrkosten. Kredit 5, Kauf von 24 Einstellhallenplätzen: Die Einstellhallenplätze sind infolge der komplizierten Bauweise relativ teuer. Die Kostenaufteilung ist aus diesem Grund durch eine externe Firma überprüft und für richtig befunden worden. Bei Kredit 6, Landerwerb BLS, handelt es sich um den Kauf von Land für die Realisierung des Bläuackergrabens. Kredit 8, Basiserschliessung Hallmattstrasse Niederwangen: Der Bau des kirchlichen Zentrums selber verursachte keine Kosten, die durch die Gemeinde übernommen werden müssen. Die Gemeinde hatte damals Bedarf nach Verkehrsberuhigungsmassnahmen, die gleichzeitig mit der Platzgestaltung des kirchlichen Zentrums hätten realisiert werden können. Die Koordination ist jedoch misslungen, dies vor allem infolge der Verzögerung des Baus des kirchlichen Zentrums. Die Kosten für die Verkehrsberuhigungsmassnahmen waren im ursprünglichen Kredit nicht enthalten.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 7 zu 0 Stimmen, von den Kreditabrechnungen zustimmend Kenntnis zu nehmen. Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 7 zu 0 Stimmen, die beantragten Nachkredite zu bewilligen.

Fraktionssprecher Ueli Salvisberg (parteilos): Die Kreditabrechnungen sind von der SVP-Fraktion seriös geprüft worden. Wir werden dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Etwas Mühe bekunden wir aber bei Kredit 1, Neubau Schulanlage Haltenstrasse, wo wir zum Schluss gekommen sind, dass hier nicht bis ins letzte Detail richtig geplant worden ist. Ich liste drei Punkte auf. Erstens erforderten die Baugrundverhältnisse trotz Voruntersuchungen – teilweise Sandstein – einen Mehraufwand von 180'000 Franken. Zweitens kann davon ausgegangen werden, dass man in der Lage sein sollte, den Heizbedarf für eine solche Anlage richtig zu berechnen. Dementsprechend muss die dafür notwendige Infrastruktur so konzipiert werden, dass die Wärmeversorgung ohne Mehraufwand gewährleistet werden kann. Drittens sind die Gipsarbeiten in der Submission unterschätzt worden. Damit wird das Bild abgerundet und aufgezeigt, dass bei diesem Projekt das eine oder andere nicht richtig angegangen worden ist. Wir gehen davon aus, dass die Direktion Gemeindebauten Lehren aus diesem Projekt zieht.

Fraktionssprecher Rolf Zwahlen (EVP): Auch die CVP/EVP-Fraktion wird die Nachkredite bewilligen und dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Ich erlaube mir trotzdem einige Bemerkungen zu den Abrechnungen. Ich schicke voraus, dass ich ein Verfechter von möglichst ehrlichen Kreditvorlagen bin, d. h. mit wenig künstlichen Finanzpolstern. Uns soll eine möglichst sachliche Prognose über die Kosten vorliegen. Beim Kredit 1, Schulanlage Haltenstrasse, hat der GPK-Referent erklärt, dass man sich bereits im Vorfeld über die knappe Heizleistung bewusst war. Diese Erklärung beruhigt mich. Ich möchte in diesem Sinn anregen, dass Verträge wenn immer möglich so ausgearbeitet werden, dass der

Generalunternehmer für eventuelle Berechnungsfehler, die Folgekosten nach sich ziehen, haftbar gemacht werden können. Dass der ganze Schaden, der durch den Berechnungsfehler ausgelöst worden ist, durch die Gemeinde beglichen werden muss, ist in meinen Augen schade. Zu Kredit 2, Leitungsvergrößerung Stationsstrasse, halte ich fest, dass dies ein gutes Beispiel für die Nutzung von Synergien ist. Hier spreche ich für die Umsetzung ein grosses Lob aus. Zu Kredit 3, Überbauung Weyergut Giessenweg in Wabern, bleibt mir nichts als ein leichtes Nasenrümpfen. Dieser Kredit aus den Jahren 1988 – 1991 hat bereits ein leichtes "Gerüchlein" angenommen. Ich frage mich, wie es möglich ist, dass eine Kreditabrechnung aus dem Jahr 1991 auftaucht. Gerne lasse ich mich über das Controlling der Gemeinde Köniz im Kreditbereich informieren. Ich bin nun neun Jahre Parlamentsmitglied und bei allen uns vorgelegten Kreditabrechnungen – in letzter Zeit wesentlich weniger – tauchen immer wieder solche "Kreditleichen" auf. Ich bitte um eine Aufräumaktion in diesem Keller.

Die CVP/EVP-Fraktion empfiehlt, von den Kreditabrechnungen zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Fraktionssprecher Martin Graber (SP): Wir SP-Fraktionsmitglieder fragen uns, ob Kreditabrechnungen, deren "Verfalldatum" abgelaufen ist, standardmässig den Grund für die lange Dauer bis zum Erhalt der definitiven Abrechnung enthalten müssen. Ich nehme noch Bezug auf das Votum von Ueli Salvisberg. Trotz Baugrunduntersuchungen waren die Kosten höher als geschätzt. Unserer Fraktion scheint aber, dass die Kosten noch im Rahmen sind. Zur Heizung: Wir begrüssen es, wenn nicht von Anfang an eine Maximalvariante in Betracht gezogen wird.

Gemeindepräsident Luc Mentha (SP): Ich gebe einige allgemeine Bemerkungen ab und gebe das Wort betreffend dem Kredit für die Schulanlage Haltenstrasse an Gemeinderätin Judith Ackermann weiter.

Wir nehmen generell zur Kenntnis, dass unterschiedliche Wünsche über Vorgehensweisen in Bezug auf Kostenschätzungen und Voranschläge vorhanden sind. Wir werden diese abwägen. Man kann jedoch nicht sagen, dass bei der Kostenberechnung für die Heizung Fehler gemacht worden sind. Man ist bewusst an die Grenzen gegangen und hat den Versuch gewagt, mit nur einem Heizkessel genügend Heizleistung zu erzielen. Zur Frage in Bezug auf "Kreditleichen" im Keller: Es sind keine solchen vorhanden. Wir führen ein Controlling und die GPK erhält regelmässig eine Liste über ältere, noch nicht abgerechnete Kredite. Im Vergleich zu anderen Gemeinden oder Städten haben wir wenige solche älteren Kreditabrechnungen. Die Anregung, dass für jene Kreditabrechnungen eine Begründung abzugeben ist, wo zwischen Kreditabschluss und -abrechnung eine grosse Zeitspanne liegt, nehmen wir gerne entgegen. Ich räume ein, dass damit gewisse Diskussionen vereinfacht werden könnten.

Gemeinderätin Judith Ackermann (FDP): Sie kennen die Geschichte der Schulanlage Haltenstrasse in Niederscherli. Wir sind vom Projekt "Babar" ausgegangen und haben in den Jahren 1997 bis 2002 oft im Parlament – damals war ich noch Parlamentsmitglied – darüber diskutiert. Damit für die Realisierung der neuen Schulanlage Haltenstrasse nicht von vorne begonnen werden musste und Kosten gespart werden konnten, schätzte man die Kosten des redimensionierten Projekts quasi über den Strich. Dass gerade im Bereich des Untergrunds Überraschungen passieren können, ist bei grossen Bauvorhaben nichts Spezielles. Wir haben Ihnen – so glaube ich – stets gute Informationen über zusätzliche Kosten abgegeben. Über die Heizung orientiere ich Sie gerne etwas detaillierter: Ich habe mich auch gefragt, ob jemand haftbar gemacht werden kann, wenn solches passiert. Ich halte hier aber fest, dass die Planung und die theoretische Bemessung von Heizung, Lüftung und Warmwasseraufbereitung durch die beauftragten Fachingenieure in Zusammenarbeit mit dem Architekten der Gebäudehülle und den Gemeindebauten von Beginn weg koordiniert erarbeitet worden ist. Sehr viele Fachpersonen haben hier zusammengearbeitet. Auch der Kessellieferant und die Heizungsfirma sind zu einem späteren Zeitpunkt in diese Überlegungen miteinbezogen worden. Bei der Festlegung der Wärmebedarfsberechnung ist stets klar gewesen, dass die gewählte Lösung mit einem Kessel knapp ist und im schlechtesten Fall nicht ausreichen wird. Man hat jedoch ganz bewusst nicht auf Vorrat ein überdimensioniertes, teures System anschaffen wollen, sondern mit dem knappen, sehr energieoptimierten Gesamtsystem versucht, genügend Wärme zu generieren. Das hat sich in der Praxis nicht wie erwünscht bewährt und ein zweiter Kessel musste installiert werden. Die dadurch entstandenen Kosten sind jedoch nicht enorm hoch. Der Aussage von Ueli Salvisberg, dass wir Lehren aus solchen Geschehnissen ziehen sollen, muss ich entgegenhalten, dass beim Bauen immer Unvorhergesehenes vorkommen kann. Auch hier sind die generierten Mehrkosten in einem vertretbaren Rahmen. Wie Rolf Zwahlen bin auch ich Verfechterin von möglichst genauen und nicht zu hohen Kreditvorlagen. Meine Idealvorstellung sind ± 2 bis 3

Prozent. Im vorliegenden Fall sind es + 8 Prozent, d. h. die Mehrkosten sind in einem vertretbaren Rahmen.

Beschluss

1. Das Parlament nimmt zustimmend Kenntnis von den Kreditabrechnungen zu folgenden Objekten:

- Neubau Schulanlage Haltenstrasse, Niederscherli
- Liebefeld, Stationsstrasse, Leitungsvergrößerung
- Wabern, Giessenweg, Überbauung Weyergut
- Niederwangen, Hallmattstrasse, Anpassung Abwasser
- Kauf von 24 Einstellhallenplätzen
- Landerwerb BLS
- Projektleitung Bläuacker
- Niederwangen, Basiserschliessung Hallmattstrasse

(abgegebene Stimmen: einstimmig)

2. Das Parlament bewilligt die erforderlichen Nachkredite:

- Fr. 470'445.75 zu Lasten Konto Nr. 362.503.1572 (Neubau Schulanlage Haltenstrasse, Niederscherli)
- Fr. 49'959.75 zu Lasten Konto Nr. 141.501.0226 (Kauf von 24 Einstellhallenplätzen)
- Fr. 15'984.85 zu Lasten Konto Nr. 242.501.0663 (Niederwangen, Basiserschliessung Hallmattstrasse)

(abgegebene Stimmen: einstimmig)

5. Wabersackerstrasse, Liebefeld: Anpassung und Neugestaltung

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

GPK-Referent Thomas Herren (FDP): Der Gemeinderat beantragt bei diesem Geschäft einen Nachkredit von 256'000 Franken. Der Betrag beinhaltet einen eigentlichen Nachkredit für die Neugestaltung der Wabersackerstrasse und ein Korrekturprojekt. Beim Korrekturprojekt handelt es sich im Wesentlichen darum, dass mit Massnahmen in einer Tempo-30-Zone, wo heute im Durchschnitt mit zu hohem Tempo gefahren wird, die Geschwindigkeit auf das erforderliche Mass gesenkt werden soll. Weiter geht es darum, möglichst zu verhindern, dass das Trottoir auf der Westseite als Ausweichfläche für das Kreuzen von Autos benützt wird. In der GPK hat dieses Geschäft zu einigen Diskussionen Anlass gegeben. Einerseits darüber, weshalb und wie die Kostenüberschreitungen zustande gekommen sind und andererseits wie die Notwendigkeit des Korrekturprojekts beurteilt wird. Zum Ersteren wird in der Begründung des Gemeinderatsantrags auf "zu enge Vorgaben für das Projekt" verwiesen. In der GPK hat Gemeinderätin Katrin Sedlmayer diese Vorgaben als falsche Rahmenbedingungen für den Projektstart definiert. Was darunter genau zu verstehen ist, hat sie letzten Freitag in der elektronischen Ausgabe der "Berner Zeitung" verlauten lassen: Die Neugestaltung sei von den damaligen Verantwortlichen falsch aufgegleist worden. Nun sei ein wirklich schlechtes Projekt zu korrigieren, was Kosten in der Höhe von 256'000 Franken auslöse.

Die GPK hat sich die Sache nicht einfach gemacht, nicht alles in einen Topf geworfen und auch keine Schuldigen gesucht. Sie hat unterschieden zwischen dem Nachkredit im eigentlichen Sinn einerseits und dem Korrekturprojekt andererseits. Sie hat sich die Frage gestellt, ob wirklich beides in einen Antrag gehört, weil der Zusammenhang der beiden Elemente nur zeitlicher Natur ist (das Korrekturprojekt muss vor dem Auftragen des Deckbelages abgeschlossen werden). In der GPK herrschte mehrheitlich die Meinung, dass zwei getrennte Vorlagen vom Parlament nicht gut aufgenommen worden wären und deshalb beraten wir über den Gesamtkredit für das Korrekturprojekt und den Nachkredit für die Kostenüberschreitung.

Zum Korrekturprojekt herrschte in der GPK grosse Skepsis darüber, ob die vorgeschlagenen Massnahmen geeignet sind, die beiden Ziele zu erreichen: Die Temposenkung und das Verhindern des Kreuzens auf dem westseitigen Trottoir. Weil das Korrekturprojekt an der geraden Linienführung der Strasse nichts ändert, ist die Temposenkung zweifelhaft. Auch ist angezweifelt worden, ob das vorgesehene Anbringen der Blenden, die das Trottoir schützen sollen, wirklich effizient ist. Es ist darüber diskutiert worden, welche anderen Massnahmen anstelle des vorgesehenen Korrekturprojekts ergriffen werden könnten. Das Stichwort Begegnungszone ist gefallen. Der dahingehende Antrag ist abgelehnt worden, weil die GPK der Meinung war, dass

die Realisierung dieses Unterfangens noch viel schwieriger ist. Die Skepsis aber, ob die vorgesehenen Massnahmen das Erwartete bringen, ist geblieben.

Die Kostenüberschreitungen sind anhand des Schreibens der B + S AG diskutiert worden. Die GPK-Mitglieder haben zusätzliche Erläuterungen von Herrn Kratzer, dem Verfasser des Schreibens erhalten. Er hat insbesondere auf die zusätzlichen Aufträge hingewiesen, die erst mit der Baubewilligung oder sogar erst mit der Ausführungsbewilligung hinzugekommen sind, wie z. B. der spezielle Schutz der Gasleitungen oder der Zustand der ostseitigen Trottoirrandsteine, deren Zustand zu schlecht war als dass sie, wie ursprünglich vorgesehen, hätten wiederverwendet werden können. Ein wesentlicher Teil der Kostenüberschreitungen entfällt auf die Teuerung. Zu bemerken ist ebenfalls, dass die Liste im Schreiben der B + S AG eine Reihe von Positionen enthält, die in der laufenden Legislatur beschlossen worden sind.

Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 3 zu 1 Stimme bei 3 Enthaltungen, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen. Nur eine relative Mehrheit ist also für den Antrag des Gemeinderates.

Eine kleine Minderheit der GPK lehnt den Antrag des Gemeinderates ab, weil sie über die beiden Kredite getrennt abstimmen lassen möchte. Eine numerische Minderheit und relative Mehrheit der GPK empfiehlt – wie bereits gesagt – die Annahme des gemeinderätlichen Antrages. Eine weitere Minderheit schiebt den Ball dem Parlament zu. Dies nicht aus Gleichgültigkeit oder Desinteresse, sondern in der Hoffnung, dass das Parlament den richtigen politischen Entscheid fällen wird.

Parlamentspräsident Harald Henggi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Ignaz Caminada (CVP): Ich beginne mit einem Märchen: Es war einmal ein Mann, der einen grossen Garten besass. Er dachte sich, dass alle von diesem Park profitieren sollen und stellte auf der Ostseite idyllische Parkbänke auf. Er musste jedoch feststellen, dass niemand diese Bänke benützt. So hat er kurzerhand entschieden, auf der Westseite eine Hecke anzusetzen, damit die auf der Westseite Wohnenden nicht in seinen Garten schauen können. Jeder Vergleich hinkt, aber Parallelen zum vorliegenden Geschäft sind gegeben. Die Gemeinde hat eine breite Strasse zu einer Quartierstrasse verengt. Nachdem auf der Ostseite vereinzelt blaue Parkfelder markiert sind, gibt die Gemeinde die Strasse frei. Nie ist aber klar kommuniziert worden, wie die Planenden die Strasse befahren haben möchten. Dass die Autofahrenden auf die Ostseite ausweichen sollen, war deshalb nicht klar. Auf der Ostseite bestehen nämlich – ich sage dies einmal so – "virtuelle Mischverkehrsflächen". Hier besteht die Analogie zum Märchen: Dass die Parkbänke allen zur Verfügung stehen, gab der Parkbesitzer nie bekannt. Die Autofahrenden – rund 80 Prozent Anwohnende der Wabersackerstrasse – weichen beim Kreuzen auf die Westseite aus, denn sie ist die bequemere Seite für Ausweichmanöver, weil hier keine "Slaloms" gefahren werden müssen. Der Konflikt mit den Fussgängern ist programmiert.

Nun liegt ein Nachkredit vor. Mir scheint, als hätten wir im Jahr 2003 eine Fehlplanung abgesegnet, die jetzt mit einer zweiten Fehlplanung korrigiert werden soll. Damit die begriffsstutzigen Autofahrenden endlich begreifen, wo es eigentlich langgeht, werden zwei Schikanen aufgestellt. Die Autofahrenden weichen damit aber nicht auf der ganzen Länge ostseitig aus, sondern nur zwischen den Schikanen. Die Aufstellung dieser beiden Blenden behindert jedoch die Velofahrenden in Fahrtrichtung Köniz am stärksten. Da sich das Hindernis auf der rechten Seite befindet, müssen sie vor jedem Hindernis – d. h. zweimal auf dieser kurzen Strecke – nach hinten schauen und abbremsen oder sogar anhalten, damit das Auto vorbeifahren kann. Für Velofahrende und für Schulkinder deren Arbeits- oder Schulweg über die Wabersackerstrasse führt, bedeutet dies eine deutliche Verschlechterung der Situation. Hier besteht die zweite Parallele zum Märchen: Die Nachbarn auf der Westseite können nichts dafür, dass die Parkbänke auf der Ostseite nicht genutzt werden. Wie hätte die Gemeinde reagieren können? Indem sie die Anwohnenden auf die Mischverkehrsfläche aufmerksam macht. Zu bemerken ist, dass für eine solche Information kein Nachkredit hätte bewilligt werden müssen. Die CVP/EVP-Fraktion ist hin- und hergerissen. Einerseits wollen wir, dass die Wabersackerstrasse endlich einen Deckbelag erhält und müssten aus diesem Grund einem Teil des Antrags des Gemeinderates zustimmen. Andererseits wollen wir, dass uns andere und bessere Vorschläge für eine Korrektur der heutigen schlechten Situation vorgelegt werden.

Dazu bestehen zwei Möglichkeiten: Erstens können wir einen Rückweisungsantrag stellen, dann wird jedoch der Deckbelag nicht aufgetragen. Zweitens können wir einen Änderungsantrag stellen, indem wir den Nachkredit um den Betrag der Schikanen und Randsteinversetzung kürzen. Wir wollen nun aber zuerst die politische Debatte abwarten und uns anschliessend entscheiden.

Fraktionssprecher Hansueli Pestalozzi (Grüne): Auch mein Arbeitsweg führt als Velofahrender über die Wabersackerstrasse, die bereits mehrmals aufgerissen worden ist, seitdem ich sie als Arbeitsweg benutze. Den Rückbau der Wabersackerstrasse zur Quartierstrasse nahm ich mit grosser Freude zur Kenntnis. Die Durchfahrt ist viel angenehmer, weil allgemein langsamer gefahren wird und die zu Fuss Gehenden auf dem ostseitigen Trottoir genügend Platz finden. Seit dem Rückbau der Wabersackerstrasse habe ich persönlich keine gefährliche Situation mehr beobachtet, weder mit Velo Fahrenden noch mit Fussgängern. Einzig Autofahrende bekunden Mühe beim Kreuzen, weil eines ausweichen muss und hier beginnt das Problem. Ausgewichen wird auf die übersichtlichere Seite, d. h. auf das Trottoir und dort wird gleich auch weitergefahren. Das Problem der Wabersackerstrasse ist demnach die Westseite. Wenn das Problem nun – wie in der Vorlage vorgesehen – mit der Versetzung des Trottoirs auf der Ostseite gelöst werden soll, ist das unserer Meinung nach hinausgeworfenes Geld. Die Autofahrenden werden weiterhin auf die übersichtlichere Westseite ausweichen. In der Fahrbahn ist die Aufstellung von zwei hüfthohen Blenden vorgesehen. Damit sind Beschwerden von Velofahrenden programmiert und dies sicher mehr als bis jetzt von Fussgängern über das bisherige Verkehrsregime. Ich kann nicht glauben, dass das Projekt aus der Optik des Zweiradverkehrs betrachtet worden ist, wie in der Vorlage behauptet wird.

Zusammengefasst: Das Projekt ist teuer, setzt auf der falschen Seite an, verschlechtert die Situation der Fussgänger auf der Ostseite, löst das Problem auf der Westseite nicht und gefährdet die Velofahrenden. Es gibt unserer Meinung nach viel billigere Massnahmen, um die möglich Gefährdung von Fussgängern auf der Westseite zu verhindern, z. B. versetzte Parkierung, farbliche Markierungen oder kurze Geländer oder Pfosten an den Trottoirkanten. Damit kann die Weiterfahrt der Autofahrenden auf dem Trottoir wirksam verhindert werden und das Kreuzen erfolgt demzufolge wie ursprünglich geplant auf der Ostseite.

Auch wir haben den Eindruck, dass im ganzen Projekt von Anfang an der Wurm drin war und nun geht es darum, diesen Wurm aus dem Projekt hinauszubringen. Deshalb stellen wir Grünen einen Rückweisungsantrag mit der Auflage, auf die teure Korrektur der Randsteine auf der Ostseite zu verzichten und mit gestalterischen Massnahmen das Fahren auf dem westseitigen Trottoir zu verhindern.

Fraktionssprecher Hanspeter Kohler (FDP): Wir sind uns einig, dass die momentane Situation an der rückgebauten Wabersackerstrasse betreffend Verkehrssicherheit nicht tragbar ist. Wenn sich zwei Autos kreuzen, muss eines auf das Trottoir ausweichen. Das hat wenig mit einem Fehlverhalten des Autofahrenden zu tun, sondern mehr mit den momentanen baulichen Gegebenheiten. Man kann sich die Frage stellen, ob das Ganze aus einer verkehrsideologischen Zwängerei, aus einem Durchboxen von Mischverkehrsflächen heraus entstanden ist. Das vorliegende Geschäft ist "vermurkst", löst das Problem überhaupt nicht und bringt höchstens mehr Arbeit für Karrosseriespengler. Auch nach der vorliegenden Neugestaltung bleibt die Situation für Fussgänger, für Kinder und für Velofahrende noch gefährlich, auch bei Tempo 30. Das Nadelöhr bleibt bestehen, die momentan unhaltbaren Situationen würden sich kaum verbessern und die Verkehrssicherheit wäre nach wie vor nicht gegeben. Wie wir dem "Bund" vom 14. August 2009 entnehmen können, glaubt nicht einmal Gemeinderätin Katrin Sedlmayer so richtig daran. Ich zitiere aus dem "Bund": "Wir können nicht garantieren, dass dies ausreicht. Mehr Blechtafeln oder versetzte Parkplätze sind weitere Mittel, die ergriffen werden könnten." Wir sind erstaunt, dass bei einem durchschnittlichen Verkehrsaufkommen von 1'500 Fahrzeugen täglich keine bessere Lösung vorgelegt worden ist. Was könnte verbessert werden? Wieso ist keine Variante ausgearbeitet worden, bei der die Autos bei Tempo 30 normal kreuzen können? Sind wirklich zwei Trottoirs notwendig? Bedingt die Situation, wie in den Unterlagen erwähnt, wirklich einen kompletten Neubau der Strasse?

Die FDP/jfk-Fraktion stellt deshalb einen Rückweisungsantrag verbunden mit dem Auftrag, eine Variante auszuarbeiten, die das normale Kreuzen von Autos bei Tempo 30 ermöglicht. Falls der Rückweisungsantrag nicht mehrheitsfähig ist, lehnt die FDP/jfk-Fraktion das Geschäft ab.

Fraktionssprecher Stefan Lehmann (SVP): Auch wir SVP-Fraktionsmitglieder haben festgestellt, dass hier von zwei Geschäften die Rede ist. Erstens von einem Nachkredit für die bis jetzt vorgenommene Umgestaltung der Wabersackerstrasse und die Fertigstellung mit dem Deckbelag. Die Kostenüberschreitung beträgt 150'000 Franken oder 25 Prozent. Zweitens von einem Kredit für das Korrekturprojekt in der Höhe von 105'000 Franken. Die Angelegenheit ist in meinen Augen ziemlich "verchachlet". Wir können sie jedoch nicht pauschal dem heutigen Gemeinderat zuweisen. Das Parlament wird den Nachkredit für die gehabten Freuden irgendwann bewilligen müssen. Die Begründungen für die Kostenüberschreitungen sind dem Geschäft beigelegt, jedoch nicht ganz nachvollziehbar. Wir sind auch der Meinung, dass dieser Kredit nicht

heute bewilligt werden muss; vor allem nicht der Kredit für das Korrekturprojekt in der Höhe von 105'000 Franken. Auch wir zweifeln, ob die vorgeschlagenen Massnahmen die Sicherheit verbessern werden. Ziel muss doch sein, dass alle Verkehrsteilnehmer – Fussgänger, Velo- und Autofahrende – die Wabersackerstrasse sicher benützen können. Das tägliche Verkehrsaufkommen beträgt immerhin 1'500 Fahrzeuge; das ist relativ hoch für eine Quartierstrasse. Dieser Verkehr wird zu einem grossen Teil durch das Quartier selber generiert.

Auch die SVP-Fraktion stellt einen Rückweisungsantrag. Wir möchten folgende Abklärungen vornehmen lassen und erwarten vom Gemeinderat die Vorlage eines neuen Geschäfts: Für wie viele Einwohnende dient die Wabersackerstrasse als Zubringer? Sind andere Erschliessungen für das Quartier möglich? Wie sieht das Verkehrsaufkommen in Zukunft aus? Gibt es Alternativen? Die Wabersackerstrasse wurde seinerzeit für Tempo 60 ausgebaut. Die Bauweise sollte für alle Verkehrsteilnehmer eine sichere Fahrt zulassen. Trottoir, Radstreifen und Verkehrsflächen sollten nebeneinander Platz finden.

Da bereits zwei Rückweisungsanträge vorliegen, schliesst sich die SVP-Fraktion dem Rückweisungsantrag der FDP/jfk-Fraktion an.

Fraktionssprecher Martin Graber (SP): Ich gehe mit den bisherigen Aussagen einig, dass die bestehende Situation zu grosse Mängel aufweist. Aus Sicht der SP-Fraktion muss man sofort handeln. Man kann den falsch ausweichenden Autofahrenden keinen Vorwurf machen. Das Ausweichen auf die Westseite ist logisch. In der Fahrschule habe ich jedenfalls nie etwas über so genannte Mischverkehrsflächen gehört. Wenn gekreuzt werden muss, ist es logisch, dass auf das westseitige Trottoir ausgewichen wird. Auch uns überzeugt die vorgeschlagene Lösung nicht vollends und auch wir sind nicht sicher, ob dies der Weisheit letzter Schluss ist. Wir glauben auch nicht, dass ein Informationsschreiben für Klärung sorgen würde. Auch dem Besucher von Biel oder Zürich muss klar sein, wo durchzufahren ist. Uns ist nicht klar, ob die Versetzung von Randsteinen die richtige Lösung ist. Vielleicht würde das Aufstellen von Blenden genügen oder Markierungen oder verschiedenfarbige Beläge. Vielleicht sollte das Trottoir Ost mit der Markierung eines Radstreifens zu einer Mischverkehrsfläche umgewandelt werden. Oder, oder, oder.... Uns scheint, dass die Angelegenheit "verhachlet" ist und es bestehen bereits zwei Rückweisungsanträge, zu denen sich nun noch ein dritter gesellt. Für das Parlament wird es kompliziert.

Ich formuliere den Rückweisungsantrag der SP-Fraktion wie folgt: Das Geschäft soll zurückgezogen werden, damit günstige Sofortmassnahmen ergriffen werden können. Danach soll eine Testphase abgewartet werden. Allenfalls sollen Varianten ausgearbeitet werden. Das Geschäft soll erst nach der Testphase dieser Sofortmassnahmen wieder vorgelegt werden. Jetzt einen Deckbelag einbauen, der dann doch wieder entfernt werden muss, hat keinen Sinn. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Rückweisungsantrag.

Ignaz Caminada (CVP): In der Zwischenzeit sind sehr viele gute Vorschläge angebracht worden, wie das Problem in einem ersten Schritt anzupacken wäre. Die CVP/EVP-Fraktion wird nicht noch einen weiteren Rückweisungsantrag formulieren, weil wir allen bisherigen sehr viel Gutes abgewinnen können. Wir sollten versuchen, durch alle Fraktionen hinweg einen Rückweisungsantrag zu formulieren. Sonst besteht die Möglichkeit, dass kein Rückweisungsantrag durchkommt.

Bernhard Bichsel (jfk): Ich stelle Antrag auf Sitzungsunterbruch.

Dem Antrag auf Sitzungsunterbruch wird grossmehrheitlich zugestimmt. Die Sitzung wird für 10 Minuten unterbrochen.

Parlamentspräsident Harald Henggi: Der gemeinsame Rückweisungsantrag aller Fraktionen lautet wie folgt: "Das Parlament weist das Geschäft an den Gemeinderat zurück, verbunden mit dem Auftrag, das Geschäft gemäss den nachfolgenden Punkten zu überarbeiten und so rasch wie möglich wieder vorzulegen:

- prüfen, ob günstige Sofortmassnahmen ergriffen werden können
- prüfen, ob eine Testphase mit Auswertung durchgeführt werden kann
- prüfen, ob dem Parlament Varianten vorgelegt werden können
- prüfen, ob auf die Korrektur der Randsteine (Ostseite) und auf die Blenden in der Fahrbahn verzichtet werden kann, und ob mit gestalterischen Massnahmen sichergestellt werden kann, dass nicht auf dem Trottoir (Westseite) gefahren werden kann
- prüfen, ob eine Variante ausgearbeitet werden kann, welche ein normales Kreuzen der Autos bei Tempo 30 zulässt."

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Allgemein zum Projekt: Das Projekt ist unter falschen Rahmenbedingungen aufgegleist worden. Man wollte mit möglichst wenigen Finanzmitteln die Strasse zu einer Quartierstrasse verengen und dabei möglichst viel von der ursprünglichen Strasse bestehen lassen. Ich stehe dazu, dass hier Planungsfehler geschehen sind. Das Projekt ist schwierig und unsere Fachpersonen haben intensiv darüber diskutiert, wie die Sache am besten zu korrigieren ist. Der Vorschlag liegt Ihnen vor. Er bringt keine sichere Lösung, wenn wir die bestehende Strasse belassen, aber eine Verbesserung. Ziel muss sein, Fahrten auf dem westseitigen Trottoir infolge kreuzender Fahrzeuge möglichst zu verhindern.

Kurz zu den gehaltenen Voten: Das Problem der so genannten Mischverkehrsfläche ist, dass sie nicht als solche ersichtlich ist. Sie ist nicht vom Trottoir Ost abgegrenzt. Auf dieser Strasse fahren Schulkinder, aber auch Kindergartenkinder und für diese ist Randstein = Trottoirrand. Aus diesem Grund schlagen wir eine Verschiebung der Randsteine vor, damit das Trottoir und die Ausweichstellen klar ersichtlich sind. Das Aufstellen von Blenden sei vor allem für Velofahrende gefährlich, ist gesagt worden. In den meisten Tempo-30-Zonen der Gemeinde Köniz sind solche Blenden aufgestellt und damit sind gute Erfahrungen gemacht worden. Wie Martin Graber richtig gesagt hat, muss sofort gehandelt werden. Die Situation ist gefährlich und das Befahren des westlichen Trottoirs ist illegal. Wir können dieses zwar entfernen lassen, damit die Fahrzeuge kreuzen können. Bei den Ausfahrten der neuen Überbauung im Dreispitz versperren jedoch auf der linken Seite zuerst eine hohe Mauer und danach Büsche die Sicht auf die Wabersackerstrasse. Ein weiteres Problem, das eine andere Strassenplanung verhindert, sind die bestehenden Bäume, die nicht entfernt werden dürfen.

Ich verstehe, dass Sie einen Rückweisungsantrag stellen. Ich halte jedoch fest, dass Prüfungen von Varianten immer mit Kosten verbunden sind. Über den Daumen gerechnet ist mit Kosten von 50'000 bis 60'000 Franken zu rechnen, wenn die Studie an Externe vergeben wird. Unsere Leute haben verschiedenste Varianten durchdacht und die hier vorliegende ist die in ihren Augen überzeugendste. Der Vorschlag, mit Variantenprüfungen gleich noch das Erschliessungskonzept zu prüfen, ist in meinen Augen gut. Damit verbunden ist aber auch die Prüfung der Eliminierung der bestehenden Bäume. Somit handelt es sich um den Bau einer neuen Strasse. Wird die Strasse irgendwie verändert, entsteht ein Entwässerungsproblem; auch diesen Punkt dürfen wir nicht vergessen. Eine Studie kann jedoch nicht so schnell wie gewünscht erarbeitet werden, sondern das dauert mindestens ein halbes Jahr. Ich bin nicht mit der Erklärung einverstanden, dass die Strasse nicht gefährlich ist, denn es geschehen verhältnismässig viele Unfälle und Fast-Unfälle.

Beschluss

Das Parlament weist das Geschäft an den Gemeinderat zurück, verbunden mit dem Auftrag, das Geschäft gemäss den nachfolgenden Punkten zu überarbeiten und so rasch wie möglich wieder vorzulegen:

- prüfen, ob günstige Sofortmassnahmen ergriffen werden können
- prüfen, ob eine Testphase mit Auswertung durchgeführt werden kann
- prüfen, ob dem Parlament Varianten vorgelegt werden können
- prüfen, ob auf die Korrektur der Randsteine (Ostseite) und auf die Blenden in der Fahrbahn verzichtet werden kann, und ob mit gestalterischen Massnahmen sichergestellt werden kann, dass nicht auf dem Trottoir (Westseite) gefahren werden kann
- prüfen, ob eine Variante ausgearbeitet werden kann, welche ein normales Kreuzen der Autos bei Tempo 30 zulässt.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

6. Ried, Niederwangen: Planungsinstrumente

Kredit; Direktion Planung und Verkehr

GPK-Referent Thomas Herren (FDP): Die GPK empfiehlt dem Parlament mit 7 zu 0 Stimmen, den Kredit zu genehmigen.

Die Diskussion am letzten Montag hat uns Gelegenheit gegeben, die 30-jährige Planungsgeschichte des Ried Revue passieren zu lassen. Die geltende Gesamtüberbauungsordnung stammt aus dem Jahr 1979. Bei deren Umsetzung ist eine Auszonungsinitiative lanciert worden, die den Überbauungsprozess stoppte. Über längere Zeit ist versucht worden, im Ried weiterzukommen. Die Auszonungsinitiative ist deshalb lanciert worden, weil die alte Grundlage nicht mehr als mehrheitsfähig betrachtet worden ist. Schliesslich ist das Projekt PAPILLON entstan-

den. Die heutige Planungsphase und die beantragten Planungsinstrumente haben einen Zusammenhang mit dem Projekt der Ortsplanungsrevision. Im Ried besteht die grösste Baulandreserve der Gemeinde Köniz und man müsste sich spätestens im Zuge der Revision der Ortsplanung zonenplanerisch zum Ried äussern, wenn nicht auf der heutigen Stufe weitergegangen wird. Hier besteht ein enger Zusammenhang.

Die GPK hat sich von internen Fachleuten die Instrumente, die mit dem beantragten Kredit umgesetzt werden sollen, erläutern lassen. Es handelt sich um eine Kombination von behördenverbindlichen Planungsinstrumenten mit einer grundeigentümergebundenen Überbauungsordnung, die durch die Stimmbevölkerung der Gemeinde Köniz zu beschliessen ist. Beginnen will man mit einem detaillierten Machbarkeitsnachweis für einen Teil des Projekts PAPILLON. Die Erkenntnisse aus dem Richtprojekt möchte man auf der Stufe Masterplan darstellen. Das sind die beiden behördenverbindlichen Instrumente. Aus dem Masterplan heraus würde die neue Rahmenüberbauungsordnung dem Stimmbürger unterbreitet.

In der Darstellung der Kosten ist erfreulicherweise enthalten, dass es sich um einen Brutto-Rahmenkredit handelt, der eine Kostenübernahme der interessierten Miteigentümergeinschaft (MEG) enthält. Der Anteil, der durch die MEG übernommen würde, entspricht dem was die Gemeinde als Planungsbehörde zum Nutzen der MEG vornehmen würde. Allerdings ist der Beitrag der MEG gekoppelt an die Genehmigung des Bruttokredits durch das Parlament und das ist in der GPK als die Kehrseite des Antrags bezeichnet worden. Damit ist kein echter Entscheidungsspielraum mehr vorhanden. Insgesamt überwog in der GPK jedoch die Meinung, dass es wichtig ist, dass die Gemeinde hier planerisch in qualitativer Hinsicht in diesem doch wichtigen Gebiet für die Siedlungsentwicklung der Gemeinde Köniz das Heft in der Hand behält und angemessen politisch steuern kann.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Eine kleine Ergänzung: Zwischen der Überbauungsordnung von 1979 und dem heutigen Projekt PAPILLON gab es noch das nicht mehrheitsfähige Konzept "Lohner" aus dem Jahr 2005. Gegen dieses Konzept wurden innerhalb von 3 Wochen über 800 Unterschriften gesammelt.

Parlamentspräsident Harald Henggi hält fest, dass das Eintreten unbestritten ist.

Fraktionssprecher Jan Remund (Grüne): Die Grünen befürworten diesen Kredit einstimmig. Auf den ersten Blick scheinen 300'000 Franken doch recht hoch, der zweite Blick zeigt jedoch, dass die Gemeinde netto nur 75'000 Franken bezahlen muss, was in unseren Augen akzeptabel ist. Die Planung Ried beinhaltet immer noch einige kritische Punkte. Deshalb muss gut geplant werden. Für uns Grüne ist die eigentliche Bauzone immer noch zu gross. Das Ried stellt mit Abstand die grösste Bauzonenreserve der Gemeinde Köniz dar. Man muss sich gut überlegen, ob die Gemeinde Köniz in den nächsten 10 bis 15 Jahren nur noch im Ried wachsen können soll. Das vorliegende Konzept PAPILLON ist grundsätzlich gut und eine energetisch nachhaltige Planung. Wir haben aber Widersprüche entdeckt. Eine nachhaltige Siedlung sollte grösstenteils nach Süden ausgerichtete Gebäude aufweisen. Im Konzept PAPILLON sind aber alle Häuser nach Westen oder Osten ausgerichtet. Dementsprechend wird der Energieverbrauch bedeutend höher sein. Hier ist einiges noch vertieft zu betrachten. Aus unserer Sicht sollte Platz für soziale Einrichtungen reserviert sein, z. B. Gemeinschaftsräume, die unter anderem für eine Kita genutzt werden könnten. Das ist sehr wichtig für die Attraktivität einer Überbauung.

Fazit: Eine sorgfältige Planung im Ried ist sehr wichtig, deshalb ist die Genehmigung des Kredits richtig.

Fraktionssprecherin Erika Kobel-Itten (FDP): Die FDP/jfk-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates unenthusiastisch zu. Unenthusiastisch deshalb, weil wir der Meinung sind, dass die Gemeinde bei diesem Projekt etwas viel macht und es über einen nicht unbedingt üblichen Qualitätsstandard verfügt. Wir geben einfach zu bedenken, dass damit relativ hohe Ansprüche für die Zukunft verankert werden. Zustimmung deshalb, weil die Überbauung Ried einen Sonderstatus genießt, da es sich um die grösste Baulandreserve in der Region Bern handelt. Gemäss dem Motto "wer A sagt, muss auch B sagen", werden wir keine andere Lösung vorschlagen.

Fraktionssprecher Markus Bont (EVP): Die EVP/CVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Gemeinderates für den Planungskredit. Mit dem Konzept PAPILLON liegt ein Vorschlag vor, der Hand und Fuss hat. Jetzt gilt es, die entsprechenden Planungsschritte vorzunehmen. Das Richtprojekt zeigt, ob und wie PAPILLON umsetzbar ist. Es ist dabei unserer Meinung nach

wichtig, sich nicht unter Zeitdruck setzen zu lassen. Wir finden es auch gut, dass die Gemeinde Köniz 75'000 Franken übernimmt und die MEG 225'000 Franken. Wir weisen auf eine Sache hin: Im Ried ist der Bau eines Schulhauses geplant und wir gehen davon aus, dass dieses ins Gesamtkonzept Schule Niederwangen aufgenommen und in der Planung berücksichtigt wird.

Fraktionssprecher Daniel Krebs (SVP): Wir beraten hier über einen weiteren Planungskredit für die Überbauung Ried. Der Gemeinderat treibt die Planung verständlicherweise voran, nicht zuletzt, weil die Gemeinde einen namhaften Betrag im Ried investiert hat. Es wird erwartet, dass im Ried mehr Steuerertrag generiert wird. Wir fragen uns aber, ob wirklich gute Steuerzahler im Ried einziehen werden, gibt es doch manch schöneren Standort zum Wohnen. Damit überhaupt jemand in der neuen Überbauung wohnen kann, müssen grosse und teure, von uns Steuerzahlern zu bezahlende Infrastrukturen wie die Erschliessung mit Wasser, Abwasser, Verkehr, öffentlichem Verkehr und nicht zuletzt Schul- und Sportanlagen, zur Verfügung gestellt werden. Wir fragen uns, ob Kosten und Ertrag jemals einander gegenüber gestellt worden sind. Dafür sind sicher genügend Erfahrungswerte vorhanden. Es kann sein, dass viel investiert wird, 30 Jahre lang aber kein oder nur wenig Einkommen generiert wird, nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen Lage. Als Bewirtschafter von Acker- und Kulturland tut es mir bereits jetzt weh, wenn dereinst das grösste und schönste Stück Land im Wangental überbaut wird. Wir möchten nicht, dass neben dem Landverlust auch noch ein grosser Teil Steuergelder verloren geht. Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft nicht einstimmig zustimmen.

Fraktionssprecher Christoph Salzmann (SP): Das Ried beschäftigt die Öffentlichkeit und das Parlament bereits seit langer Zeit. Mit dem Projekt PAPILLON biegt aber die Planung im Ried auf die Zielgerade ein, das unserer Meinung nach eine städtebaulich interessante Siedlung zu werden verspricht. Mit dem Konzept PAPILLON ist nun eine konsensfähige Lösung gefunden worden und selten ist eine Planung so engagiert mit Transparenz und unter Einbezug der Bevölkerung vorangetrieben worden. Vielleicht wird das Ried dereinst ein ebenso begehrtes Besuchsobjekt wie die Tempo-30-Zone im Zentrum von Köniz. Um die Planung zu Ende zu bringen, ist die Genehmigung des vorliegenden Kredits notwendig. Eine Ablehnung der Vorlage würde das Abklemmen der Sauerstoffzufuhr für die Planung kurz vor dem Überschreiten der Ziellinie bedeuten. Es gibt Leute die sagen, man könne nicht anders als zustimmen, der Entscheidungsspielraum sei nicht mehr vorhanden, man stehe unter Zwang und müsse nun auch B sagen. Das stimmt; aber B haben wir bereits im Dezember 2006 mit der Zustimmung zum damaligen Planungskredit eingeleitet und all die – sicher berechtigten – Fragen, die sich in der SVP-Fraktion stellen, sind schon damals diskutiert worden. Das Vorgehen mit Richtprojekt, Masterplan und Rahmenüberbauungsordnung betrachten wir als einen richtigen Weg und für die Bedeutung des Ried ist es angemessen, wenn sich die Gemeinde finanziell und personell engagiert. Die MEG beteiligt sich an den Honorarkosten und am Verwaltungsaufwand. Damit fliessen 225'000 Franken an die Gemeinde zurück. Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu und wer weiss, vielleicht wird im Jahr X, wenn das Ried fertig gebaut ist, ein Fest gefeiert.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die mehrheitlich positiven Voten zum Planungskredit für das Ried. Ich möchte einiges klarstellen. Es ist gesagt worden, dass die Gemeinde Köniz im Bereich Wohnen nur noch im Ried Wachstum will. Das stimmt nicht, in der Gemeinde Köniz sind noch weitere Baureserven vorhanden. Auch besteht die Möglichkeit von verdichtetem Bauen in Zentren. Das Ried ist die grösste Baulandreserve. Richtig ist die Feststellung, dass die Häuser nicht nach Süden ausgerichtet sind, wie es für den Minergie-P-Standard richtig ist. Zurzeit ist aber das so genannte Low-Exergie-Konzept in Diskussion, das dem Minergie-P-Standard gleichkommt. Die Einrichtung von Gemeinschaftsräumen ist im Weiler Ried geplant. Richtig ist auch die Tatsache, dass wir hohe Ansprüche stellen. Ziel der Planungsinstrumente ist, die Qualität des Konzepts PAPILLON zu sichern. PAPILLON ist das bisher erste mehrheitsfähige Projekt in der Planung Ried. Die Arbeitsgruppe für Planungsfragen im Wangental (APW), der Ortsverein, aber auch die Miteigentümerschaft (MEG), haben sich alle positiv dazu geäussert. Die Sicherung der Qualität des Projekts ist ganz wichtig. Die Überbauung braucht Zeit. Dem "alten" Ried lag nur eine Überbauungsordnung zugrunde und auf den einzelnen Baufeldern sind Wettbewerbe ausgeschrieben worden. Dadurch verfügt das alte Ried über keine Einheit. Es ist in Frage gestellt worden, ob denn aufgrund der hohen Qualitätsansprüche überhaupt jemand im Ried wohnen will. Mit dem anspruchsvollen Projekt PAPILLON wollen wir im Standortwettbewerb auftrumpfen. Unser Ziel ist die Realisierung einer nachhaltigen Überbauung. Mit der Richtplanung sichern wir die Qualität. Folgendes zur Befürchtung von hohen Infrastrukturkosten, die von den Steuerzahlenden zu begleichen sind: Die Kosten für die

Detailerschliessung werden voll und ganz durch die MEG übernommen. Nicht übernommen werden die Kosten für das Schulhaus und für den öffentlichen Verkehr. Etwas zur Beteiligung der MEG: Die MEG hätte mit der heute noch gültigen, aber nicht mehrheitsfähigen Überbauungsordnung von 1979 weiter bauen können. In dieser Überbauungsordnung sind der MEG 140'000 m² BGF (Bruttogeschossfläche) zugesichert. Für das Projekt PAPILLON hat sie auf 20'000 m² BGF zugunsten eines grossen Grünraums verzichtet. Sie hat sich ausserdem an den Kosten für die Busspur, am Wettbewerb unter meiner Federführung, aber auch am damaligen Konzept "Lohner" finanziell beteiligt.

Beschluss

Das Parlament beschliesst für das Planungsvorhaben Ried – Umsetzung in planungsrechtliche Instrumente – einen Planungskredit von Fr. 300'000.– zu Lasten Konto Nr. 210.581.0182 "Ried: Planungsinstrumente".

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

7. 0909 Interpellation (jfk) "Zur Sauberkeit bei Könizer Sammelstellen"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

(verschoben aus der Sitzung vom 22.06.2009, Traktandum 18)

Bernhard Bichsel (jfk): Sauberkeit bei Recycling-Sammelstellen bewegt uns alle, das hat die Umfrage der jfk Ende 2007 bei der Könizer Bevölkerung gezeigt. Das Thema betrifft alle die Recycling betreiben, d. h. relativ viele. Ich gehe auf einige wenige Punkte der Antwort des Gemeinderates auf meine Interpellation ein. Erstens wird in der Antwort des Gemeinderates erläutert, dass die Sammelstellen regelmässig gereinigt werden. Gleichzeitig hält der Gemeinderat aber fest, dass nicht alle Sammelstellen sauber sind. Zweitens nehmen wir positiv zur Kenntnis, dass die Reklamationen in Bezug auf Lärmbelästigung abgenommen haben. Drittens begrüssen wir ausdrücklich, dass das Thema Unterflursammelstellen bei neuen Überbauungen geprüft wird. Was kann nun weiter getan werden? Aus unserer Sicht ist die Transparenz von zentraler Bedeutung, sind doch vor allem jene Sammelstellen verschmutzt, bei denen der Müll versteckt abgelagert werden kann. Wir wünschen uns deshalb eine offene Gestaltung von Sammelstellen. Wir bitten den Gemeinderat, sollte sich der Anteil PET im Altglas nicht verbessern, zu prüfen, ob PET allenfalls auch bei den öffentlichen Sammelstellen gesammelt werden kann. Ich erkläre mich von der mustergültigen Antwort befriedigt. Wir behalten uns aber vor, weitere Vorstösse zu diesem Thema einzureichen, sollte sich die Situation nicht verbessern oder gar verschlimmern.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates befriedigt.

8. 0905 Motion (SP) "Ein Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Tagespflegeplatz 4 bis 6 Monate nach der verbindlichen Anmeldung"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Christian Roth (SP): Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung meiner Motion und für sein Engagement, sich für die Standortattraktivität der Gemeinde Köniz und für die familienergänzende Kinderbetreuung weiterhin einzusetzen. Dafür ist Effort ohne Unterlass nötig. Sehr erfreut habe ich die Schaffung von 12 zusätzlichen Kita-Plätzen und von zusätzlich 6'000 Betreuungsstunden in der Tagespflege per Mitte 2009 zur Kenntnis genommen. Die SP fordert seit längerem eine weitere Erhöhung der Kita-Plätze und der Anzahl Betreuungsstunden, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Die Tagespflege ist in der mittelfristigen Planung nicht zu vergessen, weil ein Aufnahmestopp sich gemäss den bisherigen Erfahrungen, lange negativ auswirken kann. So lange die Nachfrage nach Betreuungsstunden in der Tagespflege besteht, muss sich der Gemeinderat auch hier kontinuierlich engagieren. Ich möchte davor warnen, die Auswirkungen der Tagesschulen auf die Wartelisten der Kitas überzubewerten. Zwar weiss zurzeit niemand, wie sich die Einrichtung von Tagesschulen auf die Wartelisten der Kitas und auf die Tagespflege auswirken werden. Werfen Sie aber einen Blick auf die Zusammensetzung der Wartelisten: Von den 329 auf der Warteliste stehenden Kindern sind nur 11 Prozent im Kindergarten- oder Schulalter, d. h. dass bei gegen 90 Prozent

der Kinder auf der Warteliste keine Überschneidung mit dem Tagesschulangebot vorhanden ist. Ein weiterer Ausbau der Tagesschule kann aller Wahrscheinlichkeit nach nur einen bescheidenen Rückgang der Neuanmeldungen auslösen. Die Diskussion um die Warteliste wird in den Augen der SP zurzeit zu stark in den Vordergrund gestellt. Das ist nicht unsere Hauptzielrichtung. Wir wollen genügend Kita-Plätze, wir wollen genügend Plätze in der Tagespflege für alle Kinder in der Gemeinde Köniz, die einen solchen brauchen. Wenn wir schon bei der Warteliste sind, habe ich eine Frage an Gemeinderat Ueli Studer: In der Antwort des Gemeinderates hält er auf Seite 4 fest, dass zwei Faktoren eliminiert sein müssen, um zu erreichen, dass die Kinder auf der Warteliste nicht länger als 4 – 6 Monaten verbleiben. Diese Antwort verstehe ich nicht. Eine Veränderung der Kriterien auf der Warteliste – das geplante Eintrittsdatum anstelle des Anmeldedatums zu berücksichtigen – scheint mir sinnvoll. Dieser Lösungsansatz soll weiterverfolgt werden. Für die SP ist es dann aber nicht mehr akzeptabel, dass die Wartezeit immer noch 4 – 6 Monate beträgt. Unter diesen Umständen ist eine maximale Wartezeit von 2 Monaten tolerabel. Ich anerkenne, dass für die durchaus nachvollziehbaren Anpassungen die Form der Motion zu eng ist und erkläre mich deshalb mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden. Zudem ist die SP-Fraktion der Meinung, dass der Gemeinderat Gelegenheit haben soll, eine angemessene höhere Verbindlichkeit der Anmeldung zu prüfen und zu schaffen. Auch hier ist die Umwandlung in ein Postulat richtig. Ich bitte Sie, dem Antrag des Gemeinderates zuzustimmen.

Rolf Zwahlen (EVP): Die CVP/EVP-Fraktion geht mit dem Gemeinderat einig, dass die Messgrösse "Zeit ab verbindlicher Anmeldung" ungeeignet ist. Massgebend ist der "Lieferverzug". Der Kunde bestellt mit einem bestimmten Lieferdatum (Eintrittsdatum) und der "Lieferverzug" ist die Differenz zwischen dem gewünschten Lieferdatum und Lieferung (effektiver Eintritt). Daher ist leider der Motionstext nicht richtig formuliert und damit bleibt der CVP/EVP-Fraktion nur die Unterstützung des Vorstosses als Postulat. Einig gehen wir mit den Ausführungen in Bezug auf die Auswertung der Warteliste. Die aufgeführten Beispiele erläutern sehr klar, dass die aktuell erfassten Zahlen ein falsches Bild abgeben. Ich hoffe, dass die Annahme des Postulats dem Gemeinderat die notwendige Unterstützung gibt, damit schnellst möglich eine EDV-Lösung zur Erfassung der Daten geschaffen werden kann, wie im Vorstoss explizit gefordert. Die Bedenken des Gemeinderates in Bezug auf die Verbindlichkeit der Anmeldung sind verständlich und berechtigt. Mir sind keine aktuell bestehenden Schwierigkeiten betreffend Verbindlichkeit bekannt. Somit teilen wir weitgehend die Ausführungen des Gemeinderates und auch seine Haltung. Wir unterstützen die Annahme als Postulat.

Eine Klarstellung des Berichts des Gemeinderates zu Seite 3, Punkt Tagesfamilien (bisher Tagespflege): Ich zitiere: "Aufgrund der Nachfragesituation und der erhaltenen Ermächtigung hat der Gemeinderat beschlossen, insgesamt 6'000 weitere Betreuungsstunden bereit zu stellen." Ich habe mich sehr gefreut, dass nun von total 12'000 Betreuungsstunden ausgegangen werden könne. Leider ist dem nicht so, es bleibt bei 6'000 Betreuungsstunden. Gemeinderat Ueli Studer wird auf die missverständliche Formulierung noch eingehen. Ein Denkanstoss, der sich auch ans Parlament richtet: Wenn nicht rechtzeitig noch zusätzliche Stunden über den Lastenausgleich bewilligt werden, müssen im Budget 2010 unbedingt Stunden budgetiert werden, die vollumfänglich durch die Gemeinde zu finanzieren sind. Ja zu einer guten Kinderbetreuung, insbesondere zu Tagesfamilien. Ja zum Postulat und ja zur Erfassung von brauchbaren Zahlen.

Mark Stucki (FDP): Auf dem falschen Weg an den richtigen Ort zu gelangen, macht nur den Weg länger. Das ist bei der vorliegenden Motion der Fall. Im Bereich Wartelisten für Kita-Plätze ist ein Problem vorhanden und ebenfalls – hier gehe ich mit den Motionären einig – bei der Verbindlichkeit der Anmeldungen. Es ist aber definitiv der falsche Weg, bereits wieder genau diese Warteliste zum Mass aller Dinge zu nehmen. Ich habe seinerzeit bei der Debatte zum Planungsbeschluss festgehalten, dass Kinderbetreuung nicht nur auf öffentliche Kitas und Tagespflegeplätze reduziert werden darf. Es gibt private Angebote und andere Betreuungsmodelle; es gibt immer mehr Tagesschulen und die Nachfrage ändert sich stetig. Wir stehen in einem weiten Umfeld und in einem dynamischen Prozess. Betreuungsplätze sind notwendig, aber nicht gemäss 5-Jahres-Plänen, Plansoll und Stachanow-Orden, sondern pragmatisch, finanzierbar und an realen Bedürfnissen orientiert. Das ist der einzuschlagende Weg, will man ans Ziel gelangen. Wartelisten sind eine äusserst problematische Messgrösse und spiegeln die realen Probleme nur beschränkt. Das sehen zwar auch die Motionäre, bleiben aber trotzdem bei der Motion, in welcher sie gleich noch die Prüfung der Warteliste verlangen. Das ist – mit Verlaub gesagt – keine Motion, sondern eine Art "Mostulat", das hinten beginnt, vorne weitergeht und nicht recht weiss, wo aufhören.

Die Frage nach der Verbindlichkeit aber zu stellen und eine Überprüfung zu verlangen, um Anmeldungen quasi auf Reserve zu verhindern, ist ein sehr guter Vorschlag und würde allen Seiten Planungssicherheit bringen. Über das Ziel sind wir uns einig: Verbindliche Wartelisten mit kurzen Fristen. Den Weg der Motion mit rigiden Vorgaben, verbunden mit einer diffusen Messgrösse, der keine Rücksicht auf die Umgebung nimmt, können wir Liberale aber nicht nehmen. Die Motion hätten wir deshalb ablehnen müssen. Als Postulat hingegen macht gerade die Forderung nach der Überprüfung der Verbindlichkeit durchaus Sinn. Die Richtung und das Ziel sind gegeben, der Weg bleibt offen. Das würde auch unserer Forderung nach einem ausgewogenen Gesamtkonzept entsprechen. In der Form des Postulats werden wir dem Vorstoss zustimmen.

Ursula Wyss (Grüne): In der KSF (Kommission für soziale Fragen) taucht das Thema Wartelisten und Wartezeiten in regelmässigen Abständen immer wieder auf. Gemeinderat Ueli Studer und der Abteilungsleiter AJG (Alter, Jugend und Gesundheit), Benjamin Blaser, erklären uns jeweils geduldig, was sie in der Antwort geschrieben haben und das scheint mir immer logisch und verständlich. Das Anliegen des Vorstosses ist bestechend. Es wäre doch genial, wenn die Gemeinde Köniz eine einfache Messgrösse für eine gute und genaue Planung der Kinderbetreuungsplätzen hätte, die ausserdem uns Parlamentsmitgliedern die Möglichkeit einer Überprüfung gibt. Wir wollen nichts anderes als dass Eltern, die ihr Kind betreuen lassen wollen, nicht allzu lange auf einen freien Platz warten müssen. Auch dieses Mal kann ich der Antwort des Gemeinderates folgen. Aus dem Beispiel ist ersichtlich, dass die Wartezeit, so wie sie heute definiert ist, als Kenngrösse komplett ungeeignet ist. Ich finde es deshalb sehr gut, dass die Gemeinde an einer neuen Definition arbeiten und als Kriterium z. B. das geplante Eintrittsdatum nehmen will. Berechnet man die Wartezeit mit dem geplanten Eintrittsdatum, könnten die Vorgaben massiv gesenkt werden, denn 4 bis 6 Monate Wartezeit wären dann definitiv zu lange. Wir sprechen dann von einer Wartezeit von 0 bis 2 Monaten.

Bei der Frage der Verbindlichkeit bin ich der gleichen Ansicht wie der Gemeinderat. Es wäre ein zweischneidiges Schwert und muss gut überlegt werden, weil wir uns Leerplätze auf keinen Fall leisten können. In meinen Augen hat Gemeinderat Ueli Studer mit seinen Leuten in den letzten Jahren einen guten Weg beschritten. Der kontinuierliche Ausbau ohne eine allzu starke Belastung der Gemeindefinanzen, ist gut gelungen. Die Wartezeit, auch gemäss alter Definition, ist sogar stetig gesunken. Den in unseren Augen notwendigen kontinuierlichen Ausbau der Angebote will der Gemeinderat fortsetzen. Wollen wir als Parlament eine Kenngrösse vorgeben, muss diese aussagekräftig sein. Deshalb kann ich dem Gemeinderat folgen, wenn er sich dazu vertieft Gedanken machen will. Ich erwarte aber im Rahmen der Totalrevision im Jahr 2010 konkrete Vorschläge. Wenn wir den Vorstoss als Postulat überweisen, besteht die Gefahr, dass alles ein wenig versanden könnte. Allerdings können wir Grünen der Motion aus den bereits genannten Gründen nicht zustimmen.

Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates zu, erwarten vom Gemeinderat aber konkrete Vorschläge.

Elisabeth Rügsegger (SVP): Die SVP-Fraktion wird diesem Geschäft nicht begeistert und einstimmig zustimmen können. Wir sind der Meinung, dass von der Seite der Gemeinde her in der familienexternen Kinderbetreuung viel Neues angegangen wird. Nun soll in dieser Sache zuerst einmal gebremst werden. Wir wollen zuerst sehen, wie sich die Tagesschulen, die Ganztageschule, die beantragten Kita-Plätze und die zusätzlichen Betreuungsstunden in Tagesfamilien auf die Wartezeiten auswirken. Es ist in unseren Augen besser, das nun Geschaffene laufen zu lassen und erst wenn klar ist, dass dies nicht genügt, nach Bedarf wieder zu handeln. Sie müssen mich richtig verstehen. Wir sind nicht gegen die Förderung von familienexterner Kinderbetreuung, uns stört jedoch das hastige Vorantreiben.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich danke Ihnen herzlich für die Diskussion und für die gute Aufnahme des Geschäfts. Ich habe nicht gerade eine Flut, aber doch eine hohe Welle an Vorstössen erhalten, die zu einem grossen Teil in die gleiche Richtung zielen. Ich bin überzeugt, dass hier die bevorstehenden Wahlen keine Rolle spielen. Wenn mehrere Vorstösse in die gleiche Richtung zielen, stimmt irgendwo etwas nicht und dort muss näher hingeschaut werden. Das hat der Gemeinderat bei der vorliegenden Beantwortung getan. Ich bin erstaunt, dass Christian Roth die Warteliste nun etwas in den Hintergrund schieben will. Diese ist für uns aber eine Messgrösse und wichtig. Wenn wir beim Kanton Betreuungsstunden für Kita-Plätze oder Tagespflegeplätze holen wollen, muss die Eingabe an die GEF ein Messgrösse enthalten, nach welcher Berechnungen erstellt werden können. Ob unsere Messgrösse, die Warteliste, die richtige ist, ist zu prüfen. Ich bin überzeugt, dass wir über die Bücher müssen, damit die allzu langen Wartelisten dezimiert werden können. Christian Roth spricht von zwei ihm unbekanntem

Faktoren, die der Gemeinderat in seiner Antwort anführt. Hier geht es darum, jene Kinder aus der Warteliste zu streichen, die am Stichtag noch nicht oder nicht vermittelbar sind. Der zweite Faktor: Bei den vermittelbaren Kindern muss die effektive Wartezeit zwischen dem gewünschten Eintrittsdatum und dem so genannten Stichtag errechnet werden. Diese beiden Faktoren sind für uns sehr wichtig. Jene Kinder auf der Warteliste, deren Eltern auf mehrmalige Angebote unsererseits nicht eingegangen sind und weiter auf der Warteliste verbleiben wollen, verfälschen das Bild ebenfalls und hier gilt es eine vertiefte Prüfung vorzunehmen. Insofern hat die Warteliste ein Handhabe. Die Kibe (Kinderbetreuung Region Köniz) ist bereits an der Überarbeitung und die ersten Resultate, mit denen die Wartezeit auf 4 bis 6 Monate reduziert werden konnte, liegen vor. Christian Roth und Ursula Wyss haben nun aber erklärt, dass die Wartezeit mit diesen neuen Berechnungen auf 0 bis 2 Monate zu reduzieren ist. Nice to have. Wenn wir die Wartezeit tatsächlich auf dieses Niveau senken wollen, müssen wir bereit sein, nebst den vom Kanton bewilligten und bezahlten Betreuungsstunden, noch zusätzliche durch die Gemeinde zu finanzieren. Die Reduzierung der Warteliste zeitigt aber Folgekosten und deshalb appelliere ich an Sie, den Vorstoss als Postulat anzunehmen. In diesem Zusammenhang wollen wir alle in diese Richtung zielenden Vorstösse zusammen nehmen und ein Konzept erarbeiten. Ich habe in den letzten Jahren pragmatisch aber sukzessive und kontinuierlich immer wieder Gesuche an den Kanton gestellt. Auch jetzt ist wieder ein Geschäft in der Pipeline, das dem Gemeinderat in nächster Zeit vorgelegt wird.

Zu den Fragen in Bezug auf die Auswirkungen der Einrichtung von Tagesschulen auf die Kita- und Tagespflegeplätze: Wir können diese Fragen noch nicht beantworten. Uns ist aber bewusst, dass die Kita-Plätze künftig vermehrt von Kleinkindern – d. h. von 6 Monaten bis etwa 4 Jahren – besetzt werden. Ich gebe Rolf Zwahlen Recht mit seinem Einwand, dass der Satz in Bezug auf die 6'000 Betreuungsstunden für Verwirrung gesorgt hat. Mark Stucki hat die private familienexterne Kinderbetreuung angesprochen. Das liegt uns sehr am Herzen, ist jedoch nicht einfach zu handhaben, weil jede Firma ein anderes Modell für die Betreuung der Kinder von Angestellten hat. Ursula Wyss danke ich für das Lob. Sie hat aber zusammen mit Christian Roth die Messlatte einer Warteliste von 0 bis 2 Monaten sehr hoch gesetzt. Dieses ambitionöse Ziel gilt es anzustreben. Die Haltung von Teilen der SVP-Fraktion, die Elisabeth Rüegegger angesprochen hat, verstehe ich auch in die Richtung, dass sie nicht gegen den vom Gemeinderat eingeschlagenen pragmatischen Weg sind. Die traditionelle Familie soll durch die familienexterne Kinderbetreuung nicht konkurrenziert werden, das ist in niemandes Interesse. Die familienexterne Kinderbetreuung soll nicht nur für Gutverdienende möglich sein, sondern auch für wenig verdienende Personen, die dadurch im sozialen Bereich wieder dem Arbeitsmarkt zugeführt werden können.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

9. 0906 Postulat (FDP) „Köniz für Velofahrer – ‚Bike and ride‘“

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Mark Stucki (FDP): Dem Gemeinderat danke ich für die interessante Antwort und für den Antrag auf Annahme des Postulats. Ich bleibe trotzdem etwas ratlos zurück. Da erklärt mir der Gemeinderat in der Antwort, wie sinnvoll er die Verknüpfung von Velo und öV findet. Da erklärt mir der Gemeinderat, was alles – zugegeben viel – bereits vorgenommen worden ist. Er sagt mir auch, dass am Neuhausplatz und im Schlatt noch zu schliessende Lücken bestehen. Das ist in meinen Augen gut und richtig. Damit soll dann die Angelegenheit aber erledigt sein. Betrachte ich jedoch die in den Unterlagen enthaltene Karte, ist ersichtlich, dass sehr viele Haltestellen blau eingefärbt sind, d. h. diese verfügen über keine Veloabstellplätze. So z. B. bei der Haltestelle Sägestrasse der Buslinie 17, wo die Velos irgendwo herumstehen oder –liegen. Ich höre von Anwohnenden und Pendlern, die sich ganz einfache Veloabstellmöglichkeiten wünschen. Gerade in dicht besiedelten Gebieten möchten die öV-Benützer die nächstmögliche Haltestelle benützen und nicht erst die nächste oder übernächste, wo dann allenfalls Veloabstellmöglichkeiten bestehen.

Der Auftrag des Postulats ist mit einer Antwort, die ganze 19 Zeilen enthält, in meinem Augen nicht erfüllt. Ich beantrage, das Postulat anzunehmen aber nicht abzuschreiben.

Jan Remund (Grüne): Die Fraktion der autolosen Grünen hat Freude, dass kurz vor den Wahlen das Velo als Verkehrsmittel entdeckt wird. Die Vernetzung von Velo und öV mit überdachten Veloabstellplätzen an grösseren Haltestellen sei wichtig für die Attraktivität der Gemeinde Köniz, hält der Gemeinderat fest. Die Analyse zeigt auf, dass die Situation in der Gemeinde Köniz nicht schlecht ist. Bei einigen Haltestellen befinden sich keine überdachten Veloabstellplätze. Es macht aber auch keinen Sinn, bei allen Bushaltestellen überdachte Veloabstellplätze einzurichten. An Haltestellen, wo jedoch dauernd Velos herumstehen oder –liegen, macht eine Prüfung der Situation Sinn. Der Gemeinderat hat erkannt, dass im Schlatt und am Neuhausplatz Handlungsbedarf vorhanden ist und erklärt sich bereit, eine Lösung zu suchen. Wir Grünen stimmen dem Antrag des Gemeinderates auf Annahme und Abschreibung des Postulats zu. In unseren Augen ist der im Postulat geforderte Prüfauftrag erfüllt.

Stephie Staub (SP): Bei der ersten Durchsicht der Antwort des Gemeinderates war ich begeistert vom Umstand, wie viele Veloabstellplätze in der Gemeinde Köniz vorhanden sind. Ein detaillierterer Blick reduzierte die Begeisterung dann aber etwas. Bei der Buslinie 17 stehen z. B. fünf Haltestellen auf Gemeindeboden und nur zwei davon verfügen über gedeckte und ungedeckte Veloabstellplätze. Bei der Buslinie 10 befinden sich 8 Haltestellen auf Gemeindeboden und davon sind 6 mit gedeckten Veloabstellplätzen ausgerüstet. Hier gilt es ausserdem anzumerken, dass beim OZ Köniz nach Schulbeginn alle 70 im Bericht aufgeführten Veloabstellplätzen durch Velos der Schulkinder besetzt sind. Der grosszügig angelegte Platz vor dem Schloss Köniz wäre ideal für ein ergänzendes Angebot. Ich folgere daraus, dass die Antwort des Gemeinderates etwas optimistisch ausgefallen ist. Ich bin deshalb der Meinung, dass nicht nur die Lücken im Schlatt und am Neuhausplatz zu füllen sind, sondern dass, vor allem im Hinblick auf die Trammerschliessung, bereits in den nächsten Jahren der Langsamverkehr besser bewirtschaftet wird und die Velofahrenden mit gut erschlossenen Veloabstellplätzen zum Bike-and-ride-System animiert werden. Ich bitte die Planenden, diese zukunftsorientierte Aufgabe aufzunehmen und den Gemeinderat, die Umsetzung vorzunehmen. Denn per Rad und öV sind wir im urbanen Einzugsgebiet am schnellsten und ohne Stau von A nach B unterwegs. Der Gemeinderat ist mit dem kontinuierlichen Ausbau der Veloabstellplätze bereits auf dem richtigen Weg. Für die SP Köniz ist der Langsamverkehr seit Jahren ein wichtiger Punkt im Parteiprogramm. Als gute Benützer freuen wir uns über jeden gedeckten oder ungedeckten Veloabstellplatz. Wir stimmen dem Antrag des Gemeinderates auf Annahme und Abschreibung des Postulates zu.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ich danke für die mehrheitlich positive Aufnahme der Antwort des Gemeinderates. Ich komme auf einige kritisierte Punkte zu sprechen. Dem Gemeinderat schien ein Radius für Velofahrende von 750 Metern Weg bis zur nächsten Haltestelle mit gedeckten Veloabstellplätzen als zumutbar. Ich verstehe den Wunsch nach mehr Veloabstellplätzen bei Bus-, Tram- oder Bahnhofshaltestellen. Dafür muss aber genügend öffentlicher Raum vorhanden sein. So sind z. B. an der Könizstrasse – Buslinie 17 – die Voraussetzungen sehr eng, das Trottoir ist sehr schmal. Wir nehmen das Votum, weiter dran zu bleiben, gerne auf. Wir sind an der Erarbeitung eines Langsamverkehrskonzepts. Sehen wir die Möglichkeit, weitere Veloabstellplätze realisieren zu lassen, werden wir dies sicher tun.

Beschluss

1. Das Postulat wird erheblich erklärt
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)
 2. Das Postulat wird abgeschrieben.
(abgegebene Stimmen: 20 für Abschreibung, 11 dagegen)
-

Claude Gafner (jfk) verlässt die Sitzung.

10. 0907 Postulat (FDP/CVP/jfk) "Köniz für Kinder - Köniz für Familien"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Mark Stucki (FDP): Ich danke für die gute Aufnahme unseres Postulats herzlich. Es geht darum, die wichtige und komplexe Frage der Kinderbetreuung ganzheitlich zu betrachten und dies

nicht nur in den Kitas. Gewisse andere Vorstösse zeigen auf, dass bei dieser Thematik gerne der Weg nicht gefunden wird oder man den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen will. Wir müssen aber in diesem Bereich, der dauernden Änderungen unterworfen ist, einen Gesamtüberblick behalten; Stichwort: Ausbau der Tagesschulen. Ein Gesamtüberblick, der alternative Betreuungsformen und private Angebote nicht einfach unbeachtet lässt. Wertschätzung ist eines, diese kann man beispielsweise mit einem Hinweis auf die Bedeutung dieser Betreuungsformen zeigen. Auch sonst kann der öffentliche Sektor durch administrative Erleichterungen und Beratung durchaus unterstützend wirken. Dass man auf Bundesebene mit einer pervertierten Überreglementierung bei der Pflegekinderverordnung in die andere Richtung gehen will, hat mit der Gemeinde Köniz nicht zu tun, zeigt aber, wie hemmend der Staat sein kann. Ein Problem, das in der Antwort ebenfalls angesprochen wird, verdient auch bei uns weiter verfolgt zu werden: Die Frage der Objekt- respektive der Subjektfinanzierung. Trotz den Vorgaben des Kantons muss hier der Manövrierspielraum ausgelotet werden. Wir werden heute einen entsprechenden Vorstoss einreichen. Ein Wechsel zur Subjektfinanzierung würde das Angebot verbreitern, kundengerechter machen, die Konkurrenz fördern und die Wahlfreiheit ermöglichen. Die Debatte zu den Wartelisten ist heute geführt worden, eine Überprüfung von Kriterien wäre wichtig. Richtig ist, dass die Gemeinde ihre Tarifstrukturen nicht autonom anpassen kann. Es wäre jedoch trotzdem sinnvoll, aufgrund der in der Gemeinde gemachten Erfahrungen, auf mögliche negative Effekte hinzuweisen und diese explizit aufzuzeigen. Auch der Kanton kann unter Umständen dazulernen. Mit grossem Interesse warten sicher nicht nur wir Liberalen auf ein umfassendes Konzept zur Kinderbetreuung in der Gemeinde Köniz. Ein Konzept, das Orientierungshilfe dafür geben soll, den richtigen, machbaren und besten Weg zum Ziel zu finden. Ich danke im Interesse der Familien und Kinder für die Annahme des Postulats.

Annemarie Berlinger-Staub (SP): Die Kinderbetreuung in der Gemeinde Köniz muss in den nächsten Jahren verbessert werden, darin geht die SP-Fraktion mit den Postulanten einig. Dass gerade die lange Wartezeit ein Problem darstellt, ist bereits in Traktandum 8 dargelegt worden. Auch dass die vielen verschiedenen Betreuungsmöglichkeiten noch besser koordiniert werden könnten, ist uns bereits länger klar, ich verweise auf das Postulat 0720 "Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das Patchwork-Angebot an familienexterner Kinderbetreuung zu einem Ganzen zusammenfügen!" Der relativ kurzen Antwort des Gemeinderates ist anzumerken, dass im Postulat nicht viel Neues enthalten ist. Das Anliegen von "Köniz für Kinder – Köniz für Familien" unterstützt die SP-Fraktion ganz. Für uns muss dies allerdings bedeuten: "Köniz für alle Kinder und Köniz für alle Familien". Was hier familienfreundlich daherkommt, scheint uns in Tat und Wahrheit eine ziemlich elitäre Forderung. Der Gemeinderat wird unter anderem dazu aufgefordert, zu prüfen, wie das Angebot zu kostendeckenden Preisen angepasst werden könnte, was schlicht und einfach nur einen Ausbau zum Nulltarif bedeutet. Betreuung soll nur bekommen, wer diese auch vollumfänglich selber bezahlen kann. In unseren Augen ist es nicht Sache der Gemeinde, solche Angebote zu generieren, weil sich diese nur Wenige leisten können. Ein Betreuungstag pro Woche kostet in einer privaten Kinderkrippe heute 450 Franken pro Monat. Will man zwei Kinder für zwei Tage pro Woche in einer privaten Kita unterbringen, kostet dies den stolzen Betrag von 1'800 Franken pro Monat. Ich wage zu bezweifeln, dass sich der Mittelstand solche Angebote leisten kann.

Zusammengefasst: Das Gute an der Sache ist nicht neu und das Neue nicht gut. Die SP-Fraktion wird das Postulat ablehnen.

Elisabeth Rüeeggesser (SVP): Das Postulat ist unserer Fraktion weniger weit weg als das Postulat 0905 "Ein Platz in einer Kindertagesstätte oder einem Tagespflegeplatz 4 bis 6 Monate nach der verbindlichen Anmeldung". Hier ist die Rede von Wertschätzung gegenüber Familie und Nachbarschaftshilfe. Wir finden es gut, wenn dieser Gedanke im Freiwilligennetz Köniz Aufnahme findet und etwas daraus gemacht wird. Das Erfassungssystem, um die Dringlichkeit einer Aufnahme zu prüfen, ist ein gutes Instrument für die Erfassung von Härtefällen und handeln zu können. Die Arbeiten für die konzeptionelle Neuausrichtung für die familien- und schulergänzende Kinderbetreuung sind aufgenommen worden. Wir sind gespannt, was alles in dieses neue Konzept aufgenommen und ab 2010 verwirklicht werden kann. Die SVP-Fraktion wird dem Postulat einstimmig zustimmen.

Liz Fischli-Giesser (Grüne): Auf den ersten Blick war es für uns Grüne nicht einfach herauszufinden, was der Vorstoss an Zusätzlichem bringt, das nicht bereits mit anderen Vorstössen beim Gemeinderat deponiert oder auf Kantons- oder Bundesebene geregelt ist. Fakt ist, dass der Vorstoss in vielen Teilen an übergeordnete – insbesondere kantonale – Vorgaben stösst. Dies besonders im Tarifwesen oder bei den Tagesschulen. Erfreulich ist aber auch für uns, dass die

Postulanten und Postulantinnen anerkennen, dass das Gemeinwesen heute eine wichtige Rolle im Bereich der Kinderbetreuung spielt. Ihrem Hauptanliegen nach einer stärkeren und gezielteren Förderung von nichtstaatlichen Formen der Kinderbetreuung sind gewisse Grenzen gesetzt. Jede finanzielle Förderung braucht auf jeden Fall eine gesetzliche Grundlage. Im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung wäre sie allenfalls unter der Voraussetzung denkbar, dass private Anbieter verbindlich bereit sind, minimale öffentlich-rechtliche Vorgaben in Bezug auf Tarifgestaltung, Qualitätssicherungen, usw. zu erfüllen. Ich kann mir vorstellen, dass hier einiges im Fluss ist. Es macht Sinn, private Angebote ins Gesamtkonzept einzubeziehen und solche Wege zu prüfen. Dass die Gemeinde auch vermehrt auf bestehende private Angebote hinweisen möchte und gegebenenfalls mit privaten Anbietern zusammenarbeitet und ihre Förderung im Freiwilligennetz Köniz anstrebt, können wir unterstützen. Insgesamt bestehen möglicherweise da und dort Spielräume. Es macht Sinn, diese im Rahmen einer konzeptionellen Neuausrichtung im Bereich der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung auszuloten und allenfalls zu nutzen; besonders auch für das Vorschulalter.

Deshalb unterstützen die Grünen den Antrag des Gemeinderates. Einen Ball möchte ich aber gerne noch etwas zurückwerfen: Flexible Betreuungsformen seien im Interesse der Wirtschaft, steht im Vorstoss geschrieben. Ja, und flexible, familienfreundliche und attraktive Arbeitsbedingungen sind im Interesse der Familien. Solche anzubieten, liegt in den Händen vor allem der Wirtschaft. Wir sind froh, wenn sie dies wo immer möglich tut.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich danke auch hier für die gute Aufnahme der Antwort des Gemeinderates auf den Vorstoss und halte fest, dass der Titel "Köniz für Kinder – Köniz für Familien" in meinen Augen sehr gut ist. Die Aussage dieses Titels ist in den Legislaturzielen des Gemeinderates enthalten.

Die Frage, ob die Objekt- oder die Subjektfinanzierung das richtige Modell ist, wird bereits breit diskutiert. Ich kann im Sinn der Sache nicht verstehen, dass nun die SP-Fraktion den Vorstoss nicht als Postulat überweisen will. Eigentlich wollen wir alle dasselbe und man kann in meinen Augen hier nicht erklären, im Vorstoss sei nichts Neues enthalten. Einige Ansätze im Vorstoss sind prüfenswert. Mit dem von Annemarie Berlinger-Staub erwähnten Postulat 0720 "Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Das Patchwork-Angebot an familienexterner Kinderbetreuung zu einem Ganzen zusammenfügen!" soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geprüft werden. Aber auch die im vorliegenden Vorstoss aufgestellte Forderung nach der Förderung von nichtstaatlichen Formen der Kinderbetreuung ist zu prüfen.

Ich bitte Sie, im Sinne der familienergänzenden Kinderbetreuung ein Zeichen zu setzen, dass die Könizer Politiker einen Schritt über ihre Parteigrenzen und über ihr Parteidenken hinausgehen und dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: 25 für Erheblicherklärung, 8 dagegen)

11. 0910 Motion (jfk) "Kreiselsponsoring – Eine neue Form des Public-Private-Partnership (PPP)"

Beantwortung; Direktion Planung und Verkehr

Bernhard Bichsel (jfk): "Wer will, sucht Lösungen. Wer nicht will, sucht Gründe." Etwa diesen Eindruck macht mir die Antwort des Gemeinderates zum Thema Kreiselsponsoring. Umso mehr überraschte mich der Antrag des Gemeinderates. Was war der Anstoss für diesen Vorstoss? Wie bereits die Interpellation 0909 "Zur Sauberkeit bei Könizer Sammelstellen", basiert die vorliegende Motion auf der Befragung der Könizer Bevölkerung durch uns im Jahr 2007. Die Ästhetik der Könizer Kreisel hat, gelinde gesagt, mittelmässig bis sehr schlecht abgeschnitten. Kunst und Ästhetik sind vielfach teuer und deshalb haben wir uns überlegt, wie solches in Köniz mit tiefen Kosten realisiert werden könnte. Heute berät das Parlament über unseren Lösungsvorschlag zu diesem Thema. Ich betone hier ausdrücklich, dass sich dieses Sponsoring selbstverständlich innerhalb der gesetzlichen Vorgaben bewegen muss. Ich betone ausserdem deshalb so nachdrücklich, dass die Strassensicherheit wichtig ist, weil sich fast ein Viertel der Antwort des Gemeinderates mit diesem Thema befasst. Auf die weiteren Gründe in der Antwort gehe ich nicht mehr ein. Mir scheinen einige Ausführungen zum Antrag viel wichtiger.

Der Gemeinderat schlägt ein Splitting des Vorstosses vor. Er will bezüglich der bestehenden Kreisel nichts unternehmen und nur ein Konzept für neue Kreisel erarbeiten. Uns scheint dieses Vorhaben nicht sehr logisch. Die Erstellung eines Konzepts ist mit viel Arbeit verbunden. Deshalb macht ein Konzept nur Sinn, wenn alle Kreisel ins Konzept einbezogen werden. Ich halte aber fest, dass nun nicht die bestehenden Kreisel mit einer Dampfwalze niedergedrückt und neue Sponsoringflächen geschaffen werden sollen. Aber auch bestehende Kreisel müssen irgendwann einmal saniert werden. Spätestens zu diesem Zeitpunkt wäre es sinnvoll, wenn diese im Konzept erfasst sind. Wir haben die Antwort des Gemeinderates dahingehend interpretiert, dass unter dem Begriff "bestehende Kreisel" die zu sanierenden ausgeschlossen werden.

In diesem Sinn schlage ich Folgendes vor: Erstens wandle ich die Motion in ein Postulat um. Zweitens beantrage ich die Annahme des Postulats im Sinn des Postulatstextes und betone hier explizit, dass kein heute bestehender Kreisel umgestaltet werden muss. Aber im Fall einer Sanierung oder Erneuerung sollen alle Kreisel ins Konzept aufgenommen werden. Ich bitte Sie, dem Postulat mit den genannten Änderungen zuzustimmen.

Mario Fedeli (SP): Die SP-Fraktion hat zu diesem Vorstoss keine einheitliche Meinung. Einigkeit besteht aber im Punkt, dass die Sicherheit Priorität hat und über alles geht. Ich nehme zu zwei Punkten Stellung. Erstens zum Punkt, dass in der Pressemitteilung der Jungfreisinnigen steht, die Ortsbilder sei zu grau und die Kreisel müssten verändert werden. Kreisel sind bereits heute nicht nur grau in grau und niemand garantiert, dass mit gesponserten Kreiseln eine Verbesserung stattfinden wird. Ich finde es ausserdem eigenartig, wenn für die Aufpeppung eines Ortsbildes bei der Kreiselgestaltung begonnen werden soll. Nachdem zuerst alles zubetoniert worden ist, werden für die Ortsbildverschönerung mitten in einem Kreisel ein paar Geranien gepflanzt. Ein verschandeltes Ortsbild wird damit aber nicht gerettet. Der Vorschlag macht mir den Eindruck, wie wenn man jemandem vorschlägt zur Maniküre zu gehen, der beide Arme gebrochen hat. Zweitens stellt sich mir die Frage der Sicherheit. Ein Viertel der Antwort des Gemeinderates betrifft die Sicherheit und das ist richtig so. Kreisel sind gefährlich. Bei einem Kreisel kommen per Definition verschiedene Strassen zusammen. Einen Kreisels zu durchfahren bedeutet für einige Verkehrsteilnehmer immer noch ein grosses Problem. Vor und nach Kreiseln befinden sich Fussgängerstreifen, was von allen Verkehrsteilnehmenden höchste Aufmerksamkeit verlangt. Reklame verlangt aber auch Aufmerksamkeit. Und Werbung in einem Kreisel macht nur dann Sinn, wenn die Autofahrenden darauf aufmerksam werden. Hier besteht eine Interessenkollision. Man kann der Meinung sein, dass Sponsoring keine Werbung ist. Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. In der Pressemitteilung der Jungfreisinnigen wird auf die Stadt Köln als leuchtendes Beispiel verwiesen. In einem Interview hat einer der Verantwortlichen der Stadt Köln zur Frage, was seiner Erfahrung nach die Hauptmotivation der Sponsoren sei, erklärt: "Die Sponsoren verfolgen in erster Linie das Interesse, an werbewirksamer bzw. wirtschaftlich interessanter Stelle für sich zu werben. Dementsprechend wird auch die Gestaltung entwickelt." Es geht also um Werbung und das ist logisch. Man kann nun Elemente erstellen und Versprechungen machen. Aber auch hier hege ich Zweifel.

Zusammengefasst: Das Argument der Ortsbildverschönerung überzeugt mich nicht. Die Frage der Sicherheit ist schlicht ausgeblendet worden und das Risiko für die Sicherheit der Verkehrsteilnehmenden für einige Tausend Franken, auch wenn es Hunderttausend wären, ist mir zu hoch. Ich werde das Postulat ablehnen.

Ursula Wyss (Grüne): Im Gegensatz zu meinem Vorredner finde ich das vorliegende Anliegen an sich sympathisch. Mit Kreiselsponsoring könnte tatsächlich mehr Farbe ins Ortsbild gelangen und mehr Geld in die Gemeindekasse. Mir gefallen die grauen Betonkreisel überhaupt nicht. Ich möchte jedoch nicht, dass Kreisel mit grossen Firmenlogos ausgestattet werden. Da kommt höchstens das Anbringen einer kleinen Plakette in Frage. Das Anbringen eines Firmenmerkmals wie z. B. einer Ovobüchse, kann ich mir jedoch gut vorstellen. Wichtig ist, dass die Verkehrsteilnehmenden nicht abgelenkt werden. Ich frage mich, ob dies mit den bestehenden grossen Schriftzügen bei den Kreiseln im Steinhölzli und in Köniz nicht bereits der Fall ist. Ich verstehe hingegen nicht, weshalb bei Kreiseln, durch welche Trams fahren, kein Sponsoring möglich sein soll. Ich sehe auch bei diesen Gestaltungsmöglichkeiten.

Wir Grünen werden dem Postulat zustimmen. Wir folgen aber dem Antrag des Gemeinderates, ein Sponsoring nur bei neuen Kreiseln zu prüfen. Bei den bestehenden Kreiseln neu zu beginnen, wäre nicht kostenbewusst. Muss ein Kreisel aber saniert werden, sieht das Ganze wieder anders aus. Diese Frage müsste im geforderten Konzept geprüft werden. Wird der Vorstoss als Postulat angenommen, muss kein Konzept erstellt, sondern das Anliegen nur geprüft werden.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Die angeregte Diskussion zeigt, dass es zum Thema Kreisel verschiedene Ansichten gibt. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass bei einem Sponsoring der Anreiz ausschlaggebend ist, Werbung zu betreiben. Deshalb sind wir in diesem Bereich skeptisch. Die Frage stellt sich auch, ob ein gesponserter Kreisel dann wirklich schöner sein wird als ein von der Gemeinde oder vom Kanton bezahlter. Der Gemeinderat ist nicht gegen das Anliegen. Er ist bereit, Sponsoring von neuen Kreiseln zu prüfen. Kreisel müssen lange nicht saniert werden. Der Gemeinderat will nicht ein neues Konzept erstellen und aufgrund dessen die bestehenden Kreisel neu gestalten. Kurz etwas zum erwähnten grauen Ortsbild: Ich teile die Meinung von Mario Fedeli, dass Kreisel nicht das geeignete Mittel sind, ein Ortsbild zu verschönern. Einige Kreisel in der Gemeinde Köniz sind farbig, andere Kreisel sind bepflanzte. Der Gemeinderat hat klar Stellung genommen, dass er bereit ist, Sponsoring bei neuen Kreiseln zu prüfen.

Bernhard Bichsel (jfk): Ich halte hier fest, dass das Postulat aufgrund der Meinungsumfrage zustande gekommen ist. Die Kreiselfrage war der Toprunner in der Umfrage und sie bewegt viele. Deshalb haben wir die Erarbeitung eines Konzepts gefordert. Folgende Frage an Katrin Sedlmayer: Der Antrag des Gemeinderates, die Motion in Bezug auf die neuen Kreisel anzunehmen und in Bezug auf die alten Kreisel abzulehnen, macht in meinen Augen keinen Sinn. Ein neuer Kreisel ist in meinen Augen ein Kreisel der neu erstellt wird. Ich möchte mit meinem Vorstoss aber auch jene bestehenden Kreisel berücksichtigt haben, die z. B. infolge der Realisierung der Tramlinie überarbeitet werden müssen. Was ist in den Augen des Gemeinderates ein bestehender und was ist ein neuer Kreisel?

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Neu ist z. B. der Kreisel an der Bondelistrasse in Wabern. Die beiden Kreisel an der Bündenacker-/Schwarzenburgstrasse und im Hessgut, die infolge der Realisierung der Tramlinie neu gestaltet werden müssen, fallen dann unter das Kriterium neue Kreisel. Der Gemeinderat hat hier jedoch den Eindruck, dass keine Sponsoren gefunden würden, weil diese Kreisel halbiert sind.

Bernhard Bichsel (jfk): Da nun zu Protokoll gegeben ist, dass ein Kreisel bei Umbau oder Sanierung als neu bezeichnet wird, stimme ich dem Antrag des Gemeinderates zu.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Ein sanierter Kreisel fällt nicht unter das Kriterium neu, sondern ein Kreisel wird nur als neu bezeichnet, wenn er – z. B. infolge der Realisierung der Tramlinie – neu gestaltet werden muss.

Christoph Salzmännli (SP): Die Diskussion zeigt eine gewisse Problematik. Gegenstand eines Konzepts ist es, Kriterien zu entwickeln, wann auf ein Sponsoring-Anliegen eingegangen werden soll und wann nicht. In diesem Konzept können die entsprechenden Kriterien definiert und vertiefter diskutiert werden. Bernhard Bichsel hätte mit seinem ursprünglichen Antrag den richtigen Weg aufzeigen können.

Hansueli Pestalozzi (Grüne): Es gibt den Begriff: "Die wesentliche Änderung". Wird ein Kreisel nur etwas ausgebessert und der Belag erneuert, ist das eine Sanierung und keine Änderung. Wird ein Kreisel jedoch von Grund auf neu gestaltet, kann er unter das Kriterium neuer Kreisel fallen.

Bernhard Bichsel (jfk): Entscheidend für mich ist, dass der Gedanke aus meinem ersten Votum herüber gekommen ist. Ich halte am Vorstoss fest und bitte Sie, das Postulat als Ganzes anzunehmen.

Rolf Zwahlen (EVP): Ich bringe den Vorschlag an, den Begriff "zu erstellenden Kreisel" mit dem Begriff "zu gestaltenden Kreisel" zu ersetzen. Damit wäre der Konflikt gelöst.

Thomas Herren (FDP): Um eine Abgrenzung zu erleichtern, welche Kreisel unter PPP (Public Private Partnership) fallen und welche nicht, bringe ich folgenden pragmatischen Vorschlag an: Sobald ein gewisser noch zu definierender Betrag für den Unterhalt oder die Investition oder die Neugestaltung überschritten wird, kann der entsprechende Kreisel unter PPP fallen. Dadurch können Diskussionen darüber vermieden werden, was eine wesentliche oder eine unwesentliche Erneuerung ist und was genau als Unterhalt oder Sanierung oder Neugestaltung bezeichnet wird. Ein Wertkriterium ist in meinen Augen der einfachste Ansatz.

Alfred Arm (SP): Die laufende Diskussion ist falsch aufgezümt. Ist die Gemeinde Köniz derart arm, dass sie die Realisierung von Kreiseln sponsern lassen muss? Fast alle Kreisel in der Gemeinde Köniz sind in meinen Augen unschön. Aus meiner Sicht muss darüber diskutiert werden, wie die Kreise ästhetischer zu gestalten sind. Ein künstlerisches Konzept sollte entwickelt werden. Sponsoren haben sicher unterschiedliche Ansichten über allfällige Gestaltungen. Ich bin gegen jegliches Sponsoring.

Beschluss

1. Das Postulat wird in Bezug auf die bestehenden Kreisel erheblich erklärt.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)
 2. Das Postulat wird in Bezug auf die neu zu erstellenden Kreisel erheblich erklärt.
(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)
-

12. 0911 Motion (SP) "Raum für KITAs in neuen Wohnüberbauungen"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Christoph Salzmann (SP): Kitas gehören zur Infrastruktur einer modernen Gemeinde, wie Strassen, sauberes Wasser, Schulen, Spitex, öffentlicher Verkehr usw. Diese Ansicht wird von vielen im Parlament geteilt. In der Gemeinde Köniz wird im Morillon, Hertenbrünnen, Dreispitz-Areal, Ried, rege gebaut. Heute findet keine Planung für grössere Wohngebiete mehr statt, ohne dass der Bedarf an öV-Erschliessung, Schulen und Kindergärten mit einbezogen wird. Nicht so der Bedarf an Kitas. Das ist in Bern anders. In der Überbauung Neumatt/Weissenstein stand bereits beim Bezug der Wohnungen eine Kita zur Verfügung. In der entsprechenden Überbauungsordnung sind nämlich Flächen, die den Quartierbedürfnissen dienen, für private Bauten und Anlagen in öffentlichem Interesse ausgeschieden worden. Im Ried werden Wohnungen für 2'000 Personen entstehen. Will man dieses Quartier für Familien attraktiv machen, muss doch auch an die Einrichtung von Kitas gedacht werden. Das Argument, man wisse nicht, wie viel Familien in fünf Jahren Kinderbetreuungsplätze suchen, sticht meiner Ansicht nach nicht. Das ist reaktive und nicht proaktive Planungsmentalität. Die Bereitstellung von Flächen für Kitas und andere Bedürfnisse im Quartierinteresse wäre Ausdruck einer vorausschauenden, innovativen Marketingstrategie und für Investoren eigentlich ein gutes Verkaufsinstrument. Die Gemeinde muss den Investoren Impulse in diese Richtung geben. Der Markt braucht solche, das zeigt die Erfahrung. Ohne Impulse für den Minergiestandard wäre dieser heute nicht Standard. Diese Erkenntnis war die Triebfeder für die vorliegende Motion. Mir ist klar, dass nicht bei jedem Neubau eine Kita entstehen kann. Deshalb wird im Vorstoss von grösseren Überbauungen gesprochen und in der Begründung von einer flexiblen, der jeweiligen Situation angepassten Planung. Eines muss ich zugestehen: Die Festlegung auf Kitas ist zu eng. Ein Wohngebiet kann eine demografische Entwicklung machen und damit ändern die Bedürfnisse des sozialen Lebens. Vielleicht sind dereinst eher ein Jugendtreff oder eine Einrichtung für ältere Bewohner nötig. Der Gemeinderat zeigt in Punkt 2 und 3 der Beantwortung auf, wie das Anliegen aufzugreifen ist. In seinem Fazit verlässt ihn aber der Mut und er sieht nur noch Risiken statt Chancen. Bernhard Bichsel hat vorhin gesagt, dass Lösungen gefunden werden, wenn man etwas will und nur Argumente, wenn man etwas nicht will. Der Gemeinderat suggeriere auch, dass die Bereitstellung von Infrastruktur kein Problem sei. Ich habe aber zu anderen Zeiten anderes gehört. Ich habe gelernt und sehe ein, dass der Bezug der Motion auf die Kitas zu eng gefasst ist. Ich habe mir deshalb lange überlegt, ob ich die Motion in ein Postulat umwandeln soll, was den Spielraum der Prüfung vergrössern und ein vertiefteres Abwägen von Vor- und Nachteilen, von Chancen und Risiken ermöglichen würde. Die Gefahr, dass man am Wort Kita kleben bleibt und wir damit zu keiner innovativen Lösung gelangen, ist zu gross. Ich ziehe deshalb die Motion zurück und gebe mir und uns Bedenkzeit für einen Vorstoss, der das Anliegen in einen weiter gefassten Rahmen stellt. Vielleicht könnte daraus sogar etwas Überparteiliches entstehen.

Die Motion ist vom Motionär zurückgezogen worden.

13. 0913 Motion (SP) „Je früher desto nachhaltiger – Konzept zur Frühförderung von sozial benachteiligten Kindern“

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Christian Roth (SP): Zu Beginn zwei interessante Zitate. Ersteres aus dem "Bund" vom 15. April 2009: "Man weiss heute, dass der Mitteleinsatz für Prävention deutlich geringer ist als wenn man später Symptombekämpfung betreiben muss." Gemäss dem Vorbild der Stadt Basel sollen Kinder früh erfasst werden, damit ein optimaler Start ins Leben möglich wird, lautete der Artikel weiter. Das zweite Zitat aus der "Berner Zeitung" vom 10. Dezember 2008: "Es ist wichtig, Fremdsprachige früh zu integrieren." Beide Zitate stammen interessanterweise nicht von Vertreterinnen oder Vertretern der SP, sondern von Personen der SVP. Das erste Zitat in Bezug auf die Prävention stammt von Frau Susanne Schmid, Sozialvorsteherin der Gemeinde Steffisburg. Geäussert hat sie diese Überzeugungen anlässlich der Präsentation der Jahresrechnung 2008 und den Absichten der Gemeinde Steffisburg für das Jahr 2009. Das zweite Zitat stammt von unserem Gemeinderat Ueli Studer anlässlich eines Lokaltermins in einem Könizer Kindergarten. Ich will damit Folgendes aufzeigen. Die Zeit für die Frühförderung von Kindern ist reif. Die gesellschaftliche Entwicklung und das politische Umfeld gehen klar in diese Richtung. In verschiedenen Gemeinden und nun auch in den ersten Kantonen, werden Konzepte entwickelt, um die Frühförderung von Kindern zu analysieren und anzugehen. Zum Teil bestehen bereits konkrete Angebote, um Kinder aus benachteiligten Familien zu erfassen und gezielt zu fördern. Auch im Kanton Bern ist der Kanton mit einer Motion bereits aufgefordert worden, sich zum Thema Frühförderung Gedanken zu machen. Kinder sind unsere Zukunft. Je besser unsere Kinder ins Leben starten, desto gestärkter und sicherer können sie sich auf ihrem späteren Bildungs- und Arbeitsweg behaupten. Wenn wir gezielt Ressourcen einsetzen, um Kinder möglichst früh zu stärken, tun wir sicher das Richtige. Ich stimme hier mit dem Gemeinderat überein und möchte mich an dieser Stelle für die fundierte Prüfung meines Anliegens bedanken. Ich stimme mit dem Gemeinderat überein, dass es nicht darum gehen kann, die Frühförderung nur auf Familien mit Problemen zu beschränken. Wie der Gemeinderat aber auch sagt, gilt es besonderes Augenmerk darauf zu halten. Eine Bemerkung dazu: Mich erschreckt, wenn ich lesen muss, dass von 237'000 Menschen, die in der Schweiz auf Sozialhilfe angewiesen sind, ein Drittel unter 18 Jahren ist. Das bedeutet, dass diesen Kinder und Jugendlichen nur minimale Mittel zur Verfügung stehen, um den Start ins Leben zu meistern. Die Praxis zeigt leider, dass arme Eltern oft weder das Wissen noch die finanziellen Mittel haben, um ihre Kinder angemessen zu fördern. Genau deshalb gilt es zu Recht ein besonderes Augenmerk auf diese Zielgruppe zu lenken, sonst bezahlen wir später ein Mehrfaches dafür. In meinen Vorbereitungen bin ich auf eine interessante Aussage in einer US-Studie gestossen: Auf jeden Steuerdollar, den die Gesellschaft in die Frühförderung von benachteiligten Kindern investiert, kommen später 16 Dollar zurück. Diese Zahl ist enorm eindrucklich. Die SP-Fraktion hält nicht an der Motion fest, wir stimmen der Umwandlung in ein Postulat zu. Die SP-Fraktion anerkennt und begrüsst den Willen des Gemeinderates, bei der Frühförderung von Kindern aktiv zu werden und will ihm den Rücken stärken. Es gilt in diesem Themenfeld das richtige Setting für die Gemeinde Köniz zu finden. Die SP-Fraktion wird aber mit Argusaugen darauf achten, dass im zu entwickelnden Gesamtkonzept Jugend und Familie der Frühförderung von Kindern das notwendige Augenmass und die notwendigen Ressourcen geschenkt werden. Ich bitte Sie, dem Postulat zuzustimmen.

Liz Fischli-Giesser (Grüne): Die Grünen Köniz unterstützen den Vorstoss. Es ist zwar schade, dass er nun in ein Postulat umgewandelt worden ist. Deshalb ist auch schade, dass der Gemeinderat nicht offensiver vorgehen will, umso mehr als wir sehen, dass er die Wichtigkeit des Anliegens sieht. Auch wenn die kantonalen Entscheide zur Thematik erst noch fallen werden, könnten bereits heute wichtige und unerlässliche Vorarbeiten getätigt werden. Um der Thematik Früherfassung und Frühförderung gerecht zu werden, kommt man nicht darum herum, sich z. B. in einem ersten Schritt auf die Erkennung und Erfassung von Entwicklungsdefiziten bei Kindern im Vorschulalter zu fokussieren und Möglichkeiten für die Behebung und die Förderung zu suchen. Auch und spezifisch in unserer Gemeinde. So können bereits heute Beobachtungen bei den verschiedenen Organisationen und Institutionen eingeholt und ausgewertet werden, die mit Vorschulkindern und Kindern in den ersten Schuljahren arbeiten. Diese Fakten sind schlicht unerlässlich für das besprochene Gesamtkonzept für Jugend und Familie, das wir begrüssen. So gesehen hätte die Motion als Teilaspekt einen wichtigen Beitrag zum Gesamtkonzept bei-

tragen und durchaus zur Annahme vorgeschlagen werden können. Wie die Initiative "Primana" der Stadt Bern zeigt, ist es wichtig, die Situation von Kindern und ihren Familien vor dem Schulalter zu erfassen. Fakt ist, dass gerade Kinder aus sozial benachteiligten Familien gemäss Wissenschaft und Praxis leider gehäuft Entwicklungsrückstände aufweisen und durch die bisherigen Angebote von Elternbildung und –beratung kaum erreicht werden. Die Stadt Bern hat deshalb für diese Zielgruppe bereits in vier Quartieren mit grösserem Bedarf ein niederschwelliges Angebot bereitgestellt. Mit der Frühförderung sollen Entwicklungsrückstände in Verhalten, Sprache und Bewegung oder Wahrnehmung, die im Zeitpunkt des Schuleintritts auffallen, vorher erkannt und behoben werden. Nicht alle Kinder haben das Glück, in Familien aufzuwachsen, wo von Anfang an Zeit und Mittel für Spiele, Bilderbücher, Bewegung und gesunde Ernährung vorhanden sind. Hier kann ein niederschwelliges Besuchsangebot sicher helfen, Bedürfnisse wahrzunehmen und auf Angebote hinzuweisen. Denn gerade diese Familien reagieren oft kaum auf aufgeblähte und publizierte Angebote. Angebote haben viel mehr Erfolg, wenn sie persönlich übermittelt und erklärt werden. Eltern und Erziehungsverantwortliche sollen in ihrer Aufgabe unterstützt werden. Sie sollen aber auch spezifisch abgeholt werden. Es liegt auf der Hand, dass Angebote wie Kita, Spielgruppen, Mütter-/Väterberatung, Sprachkurse usw. – wie vom Gemeinderat unter Handlungsbedarf aufgelistet – unter dem Aspekt Früherfassung und Frühförderung optimal vernetzt und allenfalls ergänzt werden sollen.

Wieso bin ich so ausführlich? Wir erwarten, dass dort Handlungsbedarf erkannt wird, wo er bereits besteht und dass die Gemeinde dort sofort handelt, wo sie bereits über Kompetenzen verfügt, z. B. über die Fachstelle Integration mit Angeboten für Familien im Migrationsbereich und bei Weiterbildungsangeboten für Eltern und Familien.

Markus Bont (EVP): Der Vorstoss verlangt die Frühförderung von sozial benachteiligten Kindern. Wie in der Antwort des Gemeinderates festgehalten, gilt es kantonal übergeordnete Entscheide abzuwarten, d. h die Antworten zu den beiden Motionen Streiff-Feller und Schnegg-Affolter im Grossrat, die die Erarbeitung eines Familienkonzepts verlangen. Ein Familienkonzept ist meiner Meinung nach immer in einem familienpolitischen Gesamtzusammenhang zu betrachten. Dort finde ich, dass auch Väter und Mütter aus intakten Familien dazugehören, damit sich diese nicht allein gelassen fühlen. Deshalb sollen in meinen Augen grundsätzlich Angebote in Bezug auf Frühförderung, Früherkennung, Früherfassung für alle Familien offen sein und nicht nur für sozial Benachteiligte.

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Ich gehe auf das Votum von Christian Roth ein: Die Zitate meiner Parteikollegin aus Steffisburg würde ich in jedem Fall unterstützen, wie mein eigenes auch. Aus meiner Erfahrung der letzten sechs Jahre im Sozialbereich, vor allem im Bereich der Früherfassung, wie auch im Bereich der Vormundschaft, sehe ich, wie wichtig es ist, sehr früh eingreifen zu können, weil die Folgekosten immens sind. Wir haben Möglichkeiten, anzusetzen, bevor die Kinder in die Schule gehen. Die Gemeinde Köniz hat in diesem Bereich nicht zuwenig geleistet, sondern sie ist immer Pioniergemeinde gewesen. Vor allem in Bezug auf Prävention und Beratung. Die Präventions- und Beratungsstellen bestehen in der Gemeinde Köniz seit 1994, Einrichtungen die längst nicht alle Gemeinden haben. Wir kämpfen immer wieder für den Erhalt dieser wichtigen Stellen. In diesem Bereich muss aber auch an die Familien selber appelliert werden. Dieser Punkt ist mir ganz wichtig. Gerade in letzter Zeit war viel darüber zu lesen, wie z. B. in Deutschland Kinder verwaarlosten oder sogar verhungern. Zu Liz Fischli-Giesser: Wichtig ist, dass in diesem Bereich auf kantonaler Ebene vorangegangen wird und wir die Ergebnisse dann dementsprechend auf Gemeindeebene herunterbrechen können. Markus Bont hat während seiner Tätigkeit in der Vormundschaftsbehörde Einsicht in tragische Fälle gehabt und weiss, dass Handlungsbedarf gegeben ist. Ich danke für die gute Aufnahme der Antwort des Gemeinderates.

In der letzten Zeit habe ich als Vorsteher der Direktion Bildung und Soziales ein grosses Paket an Vorstössen erhalten, die es nun zu erarbeiten gilt. Das bedeutet eine grosse Herausforderung, auch für meine Fachabteilungen. Wir gehen diese jedoch gerne an, da es sich um Anliegen für Familien handelt. Zu gegebener Zeit werden wir informieren.

Beschluss

Das Postulat wird erheblich erklärt.

(abgegebene Stimmen: Mehrheit offensichtlich)

14. 0919 Interpellation (SP, Arm) "Erwachsenenbildung"

Beantwortung; Direktion Bildung und Soziales

Alfred Arm (SP): Gemäss dem Bildungsreglement, das im Jahr 2006 verabschiedet worden ist, sollen Nachholbildung, Erziehung, Gesundheit und Integration gefördert werden. Das "Programm" des ersten Halbjahres 2009 bestand aus einem Blatt Papier. Nun ist das neue Jahresprogramm in Broschürenform mit immerhin 28 Angeboten herausgekommen.

Zum Stichwort Nachholbildung: Im Bereich Mutter-Kind-Sprachkurse wird in der Gemeinde Köniz Beeindruckendes geleistet. Zum Stichwort Gesundheit: Auch hier sind einige qualitativ gute Angebote zu finden, die mir persönlich Freude machen. Zum Stichwort Erziehung: Hier ist neu hinzugekommen, dass sich aufgrund des neuen Bildungsreglements Schulkommismissionsmitglieder und Elternräte weiterbilden dürfen und müssen. Zum Stichwort Integration: Unter Integration wird gleich nochmals das Paradepferd Mutter-Kind-Deutsch aufgeführt. In meinen Augen sind hier aber noch andere Zielgruppen anzusprechen. Die Anzahl Kursstunden haben seit 2004 erfreulicherweise um 40 Prozent zugenommen. Weniger erfreulich ist die Stellenreduktion von 50 auf 30 Prozent, was nicht dem Postulat für zeitgemässe Erwachsenenbildung entspricht. Ich bin teilweise zufrieden mit der Antwort des Gemeinderates.

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Gemeinderates teilweise befriedigt.

15. Verschiedenes

Neu eingereichter Vorstoss:

0932 Postulat (FDP/jfk) "Liberale Familienpolitik – Pilotversuch Betreuungsgutscheine"

Gemeinderat Ueli Studer (SVP): Aus der letzten Sitzung schulde ich Rolf Zwahlen noch eine Antwort auf seine Frage und die Befürchtung, dass wiederum wie im Jahr 2005 ein Aufnahme-stopp ausgesprochen werden müsse, weil das vom Kanton genehmigte Kontingent an Betreuungsstunden in der familienexternen Betreuung nicht ausreicht. Ich kann seine Befürchtungen in diesem Sinn nicht teilen. Die Situation im Jahr 2005 kann nicht mit der heutigen Situation verglichen werden. In den letzten Jahren ist das Kontingent von 115'000 Betreuungsstunden auf 167'000 erhöht worden. Einige weitere Punkte möchte ich mit Rolf Zwahlen bilateral besprechen.

Gemeinderätin Katrin Sedlmayer (SP): Die Mitglieder der Teams für die Richtpläne der Ortsplanungsrevision sind bestimmt und haben mit ihrer Arbeit begonnen. Das Bevölkerungsforum soll wieder aktiviert werden. Für den 24. November 2009, 17.30 Uhr, ist eine Sitzung geplant. Im Bevölkerungsforum ist eine parlamentarische Kommission mit 11 Mitgliedern vertreten, die bereits am Raumplanungskonzept mitgearbeitet hat. Die Mitglieder werden angeschrieben und ich bitte diese, sich den Termin zu reservieren.

Martin Graber (SP): Ich mache auf folgende Veranstaltung aufmerksam: Am 23. August 2009 findet ab 15.00 Uhr beim Hessgut-Schulhaus die Eröffnung der neuen Skater-Anlage statt. Diese ist mindestens teilweise durch die Gemeinde Köniz mitfinanziert worden. Zu dieser Veranstaltung sind Sie alle herzlich eingeladen.

Stephie Staub (SP): Ich habe folgende Frage an den Gemeinderat: Die Motion 0914 "Öffentliche Kinderspielplätze – eine Visitenkarte für die Gemeinde" und die Interpellation 0917 "Energie aus Trink- und Wasserleitungen nutzen" sind noch nicht beantwortet. Wann kommen diese ins Parlament? Ein grosses Bravo an die Verantwortlichen für das Parkfest vom letzten Wochenende. Seit langem hatte ich nicht mehr so viel Freude wie in den vergangenen drei Tagen. Ich bitte, diesen Dank an die entsprechenden Mitarbeitenden weiterzuleiten.

Parlamentspräsident Harald Henggi: Die Sitzung im September würde lediglich aus zwei Traktanden bestehen, nämlich aus der Beantwortung der beiden vorhin von Stephie Staub-Muheim erwähnten Vorstösse. Deshalb schlage ich vor, die Sitzung vom 14. September 2009

ausfallen zu lassen. Die nächste Sitzung findet am 19. Oktober 2009 statt. Vorher aber gehen wir am 28. August 2009 an unseren Parlamentsausflug, auf den ich mich freue.

Im Namen des Parlaments

Harald Henggi
Parlamentspräsident

Markus Heinzer
Parlamentssekretär